

20 113

Meklenburgische Schwerin Landesbibliothek Mkl-Bestand



MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 18 · 2. Mai 1992 · 1,00 DM

Seite 2 Waldheim adé	Seite 4 Frauenhaus Rostock	Seite 5 Verpackung hin und her	Seite 6 Amerikas Technopol	Seite 7 FilmFest Schwerin	Seite 10 Reise und Urlaub
----------------------------	----------------------------------	--------------------------------------	----------------------------------	---------------------------------	---------------------------------

Streik um die Pfründe

Im Westen streiken die ÖTV und die öffentlichen Bediensteten seit Montag dieser Woche wegen 0,6 Prozent Unterschied in den Angeboten oder im Durchschnitt 35 Mark Netto im Portemonnaie. Im Osten gehen die Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ohne jedes Angebot. Gestreikt wird also darum, wer das Angelegen der Lebensverhältnisse im Osten an den Westen, den Wiederaufbau bezahlen soll und sonst gar nichts. Die Gewerkschaften wiegeln die Menschen im Westen gegen gegleiche "Sonderbelastungen" für den Osten auf. Sie argumentieren in der Hauptsache mit ökonomischer Besitzstandswahrung. Alles, was jeder Müllkutscher, jeder Lehrer oder Polizist einmal in der Tasche hatte, soll er behalten, für immer.

Solidarität gilt nur für die und vor allem unter denen, die schon was haben. Diejenigen, die gefördert und gepöppelt werden müßten, damit sie möglichst bald ähnliche Lebensverhältnisse wie im Westen erreichen, haben Pech gehabt. Für sie gilt selbstverständlich, daß man nicht alles auf einmal haben kann, sondern zahlen muß für's Mitgemacht-Haben in der DDR. Gegen solche Sonderlasten ist ja im Prinzip nichts einzuwenden. Sie werden aber durch das Vorgehen der Gewerkschaften willentlich verlängert. Mit anderen Worten, die Gewerkschaften streiken im Westen gegen den Osten.

In diesem Streik steht jenseits aller Gesamtverantwortung nur das Eigeninteresse der Habenden im Mittelpunkt. Dabei sind die öffentlichen Bediensteten keine einfachen Arbeitnehmer, vergleichbar etwa den Schiffbauern oder Bauarbeitern. Der öffentliche Dienst garantiert das Funktionieren des Gemeinwesens. Sein ursprünglicher Auftrag hieß vor allem Dienst am Gemeinwohl, Arbeiten für den allgemeinen Vorteil, ganz gleich ob im Krankenhaus, dem Elektrizitätswerk oder der Ausländerbehörde. Es gibt keinen Zweifel daran, daß diese schweren Arbeiten, wie alle anderen, angemessen bezahlt werden müssen und daß Löhne auch im Streik ausgehandelt werden. Das gehört längst zur verfassungsmäßigen Systematik freiheitlicher Demokratien. Andererseits trägt der öffentliche Dienst bei den großen Aufgaben der Gesellschaft, hier beim Zusammenwachsen der beiden Teile der Gesellschaft, eine besondere Verantwortung. Die ist nicht nur mit Geld zu messen, sondern als besonders verantwortungsvolle Aufgabe zu betrachten und anzuerkennen. Sie wird im übrigen mit besonderem Kündigungsschutz abgegolten. Es ist deshalb nur logisch, daß der öffentliche Dienst zuallererst vorführt, daß es möglich ist intelligent zu sparen.

sinnvoll umzuverteilen und sich auf Notlagen in gemeinsamer Anstrengung und wenn nötig auch in gemeinsam vereinbartem Verzicht einzustellen. Konsequenz wäre also in diesem Jahr eine Nullrunde im Westen und eine motivierende, schmale Aufstockung der Gehälter im Osten gewesen. Verbunden mit einem entschlossenen Personalaustausch von West nach Ost und umgekehrt. Als Ausgleich für diese Opferbereitschaft wären sicher strukturelle Verbesserungen im öffentlichen Dienst erreichbar gewesen, wie z. B. die Aufwertung der niedrigen Lohngruppen auf Kosten der Spitzen, bessere Ausbildungsvergütungen, Weiterbildungsrechte und vieles andere mehr. Zu einem solchen politischen Signal, das das Ost-West-Problem in den Mittelpunkt rückte, sind weder Gewerkschaften noch öffentliche Arbeitgeber in der Lage.

Die Gewerkschaften sind natürlich zuallererst Interessensvertretungen ihrer Mitglieder. Es sei aber daran erinnert, daß sie aus dem viel umfassenderen Anspruch einer Solidarität der Arbeitnehmer untereinander gegen einen schrankenlosen Egoismus der Unternehmer entstanden sind. Sie zogen ihre Kraft aus dem Bild einer sozial gerechten Gesellschaft und waren damit sehr erfolgreich. Ihr Interesse war sehr lange auf die soziale Gerechtigkeit als Teil des Gemeinwohls gerichtet. Heute sind sie nicht mehr als Kartelle der Arbeitsplatzbesitzer.

Die Bundesregierung hat es wie alle öffentlichen Arbeitgeber, schließlich sitzt die SPD mit am Tisch, bisher versäumt, politisch klarzustellen, daß es in den nächsten Jahren nichts zu verteilen gibt, daß gespart und in den Osten umgeschichtet werden muß und daß der politische Streit um den intelligentesten Vorschlag zum Sparen und für Reformen, die nichts kosten, gehen muß. Es ist eine viel bedeutendere politische Leistung, Reformen aus finanziellem Mangel als Chance zu begreifen und durchzusetzen als in Zeiten voller Kassen Segnungen unter's Volk zu streuen. Arbeitgeber und Gewerkschaften passen zueinander. Sie werden in diesem Streik sinnlos öffentliche Gelder verschleudern, machtpotente Sprüche klopfen und nächste Woche irgend einen belanglosen Kompromiß abschließen, der an der Misere des Politischen in der Bundesrepublik nichts ändert. Beide Seiten werden dann behaupten, sie hätten gewonnen, aber die Allgemeinheit wird dabei gar nichts gewinnen, sondern sinnlos genervt werden. So ist das eben. Und da nichts zusammenbricht, was ganz beruhigend ist, wird es auch noch lange munter so weiter gehen.

Meir Mandelboom



Genscher verläßt das sinkende Schiff

Hans-Dietrich Genscher nicht mehr Außenminister: Der Bonner Kabinetttisch verliert sein letztes politisches Profil. Übrig sind nur noch ein paar Buchhalter vom Typ Seiters, Emporkömmlinge vom Typ Möllemann, Krause und Bayernvertreter. Dazu ein paar seit Jahren untätige Amtsinhaber, die schon lange auf ihre Entlassung warten wie Schwarz-Schilling oder Riesenhuber, garniert von ein paar Damen, mal adrett, mal mütterlich. Politik wird hier schon lange nicht mehr gemacht bzw. gedacht, spätestens seit der gewonnenen Einheit und der darauf folgenden Wahl. Das Vertrauen der Wähler schwindet. Meinungsumfragen und Wahlergebnisse zeigen es.

In seiner langen Laufbahn hat Genscher immer wieder bewiesen, wie ausgeprägt sein Gespür für sich

abzeichnende Veränderungen ist. 1982, nach der Durchsetzung der neuen deutschen Ostpolitik, hat er mit und gegen seine Partei die "Wende" von Kanzler Schmidt zu Kanzler Kohl vollzogen, weil er die Sozialdemokraten vor allem außen-, wirtschafts- und verteidigungspolitisch am Ende sah. Er ist damals viel gescholten worden, behielt aber historisch gesehen Recht.

1992 ist die deutsche Einheit sehr grauer Alltag, die von ihm angetriebene Beschleunigung europäischer Annäherung macht nur noch Verdruß, die Stellung Deutschlands in der Welt ohne Blöcke muß neu definiert werden - der Golfkrieg und die Blauhelmedebatte haben ihm gezeigt, wie schwierig und langwierig dieser Prozeß werden wird. Weit und breit

aber ist niemand zu sehen, der sich mit Ideen und Konzepten an die Spitze dieser Prozesse setzen kann und will, weder im Regierens- noch im Oppositionslager. Es spricht für Genscher, daß er, der selber nie ein Mann der Konzepte und großen Entwürfe, sondern eher der realistische und belastbare Arbeiter war, daraus für sich den Rückzug aus dem politischen Amt ableitet. Noch kann er freiwillig und weitgehend unbeschadet gehen. Daß er dabei, wie in all den Jahren auch das Wohl seiner Dreipunktepartei nicht aus dem Auge verliert - wer wird es ihm verübeln. So kurz nach der Berufung Volker Rühes, seines einzigen CDU-Herausforderers mit Kompetenz, sichert er der F.D.P. für weitere zwei Jahre dieses Amt. Es sei denn, der Kanzler würde sich nun endlich

zur Tat auffragen und seine Regierungsmannschaft gründlich umbilden. Das aber war erst für Mitte des Jahres geplant, dann aber scheint bei weiterem Personalverschleiß der Handlungsspielraum für Helmut Kohl immer enger. Aber vielleicht hofft der Kanzler ja auch so über die Zeit zu kommen, zuzutrauen wär es ihm.

Genscher tritt ab von der Weltbühne, aber auf der Bühne deutscher Innenpolitik will er weiter seine Rolle spielen, um den Prozeß des Zusammenwachsens in Deutschland zu fördern, denn das ist das Thema zukünftiger deutscher Politik. Hans-Dietrich Genscher spürt das und hat diesmal nur seine persönliche Wende vollzogen. Respekt.

H.Panse

Politik

Randbemerkungen

Vertane Chancen

Gäbe es nicht die Fernsehübertragungen und die Tondokumente, man würde gar nicht mehr, wie das mit der Wiedervereinigung angefangen hat: Die Traßflut, die sich durch die zerbröckelnde Mauer auf dem Westberliner Kulkamm ergoß, das Meer von Menschen, das hin- und herwogte, mal in den noch gestern verbotenen Osten, mal in den bis dahin verklärten Westen.

Und Politiker, die alles versprochen. "Keinem wird es schlechter gehen", sagte der Kanzler im Glück, dem ein Gorbatschow im Unglück die Einheit geschenkt hatte. Und Norbert Blüm, Arbeitsminister und nebenbei Pausenclown der Bundesregierung, verkündete: "Jetzt zahlen wir für die schönste Sache in diesem Jahrhundert, die friedliche Einheit".

Bei solchen Worten ist es geblieben. Von Kosten, gar Opfern wagt nur die Opposition zu sprechen, die aber nicht den Kopf dafür hinhalten muß. Die Vereinigung wurde erst einmal zu einer juristischen Angelegenheit gemacht und fast stets zum Nachteil der 16 Millionen, die ohnehin 45 Jahre lang benachteiligt gewesen waren. Man rechnete wohl damit, daß die der Kritik Enghörner einfach dankbar sein und den Mund halten würden. Juristisch auch die Eingliederung in die Normen der alten BRD, statt Ausgleich der so kraus verschiedenen Lebenserfahrungen und Anpassung an die neue Lebensweise der so plötzlich geeinten Nation - also teilen und mitteilen.

Dabei war die Mehrheit der Menschen dazu bereit. Sie wartete geradezu auf den Appell, der Größe des Ereignisses entsprechend großzügig und großzügig zu sein. Helmut Kohl hat daran vorbeigedacht und vorbeigeigert. Er, die fleischgewordene Gesinnung der alten Bundesrepublik, hat dem Eigenmut und Egoismus, dem Haben-und-Besitzenwollen das Wort geredet.

So beginnt die neue Bundesrepublik ihre Geschichte mit bizarren Verteilungskämpfen. Der anstehende Streik, bei dem es lediglich um Besitzstandsabwehr geht, ist noch das gelindeste Beispiel. Die Diskussion um Karenztage im Krankheitsfall und Selbstbeteiligung an den Gesundheitskosten zeigen die "Rette-sich-wer-kann-Stimmung" bei denen, die politisch entscheiden mühen. Da ihnen der Mut fehlt, Verzicht und Selbstbescheidung für alle zum Nutzen des Gemeinwesens durchzusetzen, bleibt ihnen nur die Ausbeutung der Wehrlosen. Das Angebot, die tüppigen Ministergehälter ein wenig zu stutzen - Ergebnis: rund 600 000 Mark -, ist da nicht mehr als eine Beruhigungsgeste für das Volk.

Die Einheit Deutschlands - eine vertane Gelegenheit der Einübung in eine Art von Miteinander, ohne die die Welt nicht mehr wird existieren können. Vertan auch die Chance für den Probelauf des anstehenden Überlebensprojekts, reicher Westen hilft armen Osten (oder: dem Rest der Welt). Nun werden wir es erst noch lernen müssen. Doch die Bedingungen werden schlechter.

Atavistisches Ritual

Geschadet hat es nicht, die mehr als zweistündige Diskussion in der Ost-Berliner Gethsemane-Kirche, die vor drei Jahren auch ein Ausgangspunkt der Wende gewesen ist. Doch hat das Streitgespräch zwischen den einstigen Mitgliedern des Neuen Forum, der aktivsten Opposition in der Götterdämmerung der DDR, und dem ehemaligen Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe, der die sichtbare Eis Spitze für das repräsentiert, was sich einst als Kirche im Sozialismus gab, hat dieses Spektakel im Rampenlicht der Fernsehkameras auch genutzt?

Die Versäulung, die notwendig ist, nämlich fort von der Person und hin zur Institution, ist - noch - nicht eingetreten. Die allesamt in Stasizeiten glimpflich davongekommenen Kritiker mögen nicht von ihrem Heldenmalstab ablassen, womach das Eingeständnis der Fehlbarkeit dem Mitmenschen oder gar dem Verrat gleichzusetzen ist. Manfred Stolpe, der Geschundene, wiederum mag nicht 17 Jahre seiner Tätigkeit durch solchen Rigorismus verunglimpft sehen.

Die Opfer des protestantischen Widerstandes im Dritten Reich hat ihr Tod vor dem inquisitorischen Eifer im Nachhinein geschützt. Und der Respekt davor ließ die Überlebenden unbehelligt. Doch ist noch immer ein Mensch erst gereinigt und gerechtfertigt durch das atavistische Ritual des Blutopfers?

Bernd C. Hesslein



Foto: amw

Kunst an der Mauer -

Der Bruderkuß zwischen Honecker und Breschnew zierte jetzt als Teil einer Ausstellung den unter Denkmalschutz gestellten Mauerabschnitt.

Nach langem Hin und Her wurde der 1,3 Kilometer lange Mauerabschnitt im Berliner Bezirk Friedrichshain jetzt unter Denkmalschutz gestellt. Anschließend an die "East Side Gallery" bietet die Mauer nun Künstlern aus 21 Ländern die Gelegenheit, ihre Werke plakativ und wirkungsvoll auszustellen. Mit dem Spruch "Mein Gott hilf mir diese tödliche Liebe zu überleben" ist der Bruderkuß zwischen Erich Honecker und Leonid Breschnew das wohl spektakulärste Kunst-Objekt.

Österreich:

Die Ära Waldheim ist zu Ende

Zwar wird der österreichische Bundespräsident, der bei der Stichwahl am 24. Mai endgültig ermittelt wird, erst am 8. Juli offiziell das Amt von Kurt Waldheim übernehmen, doch der Wechsel ist nach der Wahl am vergangenen Sonntag endlich da. Endlich, weil der ehemalige Offizier der deutschen Wehrmacht die internationalen Beziehungen des Alpenlandes bis zur Grenze des Ertragbaren belastet hat. Endlich, weil politische Gestalten wie der Führer der Freiheitlichen Partei (FPÖ), Jörg Haider, den Präsidentenwahlkampf nun nicht mehr als Bühne für verbale Schlammschlachten mißbrauchen können.

Im Wahlkampf 1986 war der Teil der persönlichen Vergangenheit des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Waldheim in der Öffentlichkeit publik geworden, den er bis dato verschwiegen hatte: Als Offizier der Wehrmacht hatte er auch auf dem Balkan gekämpft, der Krieg dort war

vor allem ein Partisanenkrieg, eine besonders schmutzige Form des Krieges, wenn es denn überhaupt eine solche Steigerung gibt.

Für Kurt Waldheim war diese Tatsache, die übrigens vor seiner Wahl zum Generalsekretär der Vereinten Nationen niemand bemerkt haben will, nie ein Grund, seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten zurückzuziehen: Er sei "ein anständiger Soldat" gewesen, der wie viele andere zum Dienst in der deutschen Armee gezwungen worden sei, sagte er 1986 in einem Interview. Und: Einen Partisanen, habe er nicht einen einzigen gesehen.

Seine Vergangenheit, zusätzlich aber auch sein Schweigen, sorgte vor sechs Jahren für weltweite Empörung. Österreich hatte diese Empörung dann durch die Wahl Waldheims verstärkt: "Wir Österreicher wählen, wen wir wollen", hieß einer der Slogans. Und: "Jetzt erst recht Waldheim".

Jetzt erst recht dachten dann wohl auch die übrigen Nationen nach dem als Trotzreaktion empfundenen Wahlergebnis: Die wichtigsten westlichen Staatsmänner verzichteten in den folgenden Jahren auf ein Treffen mit dem belasteten Bundespräsidenten; wenn Besucher in das Alpenland kamen, trafen sich häufig ihre Gesprächspartner außerhalb der Bundeshauptstadt Wien, um Waldheim nicht begegnen zu müssen.

Nur wenige machten eine Ausnahme. Bundeskanzler Helmut Kohl traf zum Beispiel. Noch gerade rechtzeitig vor Ablauf Waldheims Amtszeit trafen sich die beiden Ende März in München - das internationale Echo war entsprechend, das politische Fingervippengefühl des Kanzlers war erneut unter Beweis gestellt.

Nach all diesen Erfahrungen wollten die österreichischen Parteien in diesem Jahr einen friedlichen Wahlkampf. Fast hätte das auch funktioniert, wenn da nicht der politische

Mann für's Grobe in gewohnter Manier eingegriffen hätte: FPÖ-Chef Haider. Er warf ausgerechnet dem Antifaschisten und Zukunftsforscher Robert Jungk, der für die Grünen kandidierte, vor, während des Zweiten Weltkrieges eine "Jubelbroschüre für das Dritte Reich" geschrieben zu haben. Daß der 1942 im schweizerischen Exil geschriebene Artikel in Wirklichkeit eine kritische Analyse der nationalsozialistischen Politik darstellt, schien Haider übersehen zu haben.

Mit dem friedlichen Präsidentenwahlkampf war es nach dieser Attacke endgültig dahin. Mit dem Versuch, die politische Kultur in Österreich ein wenig zu pflegen, auch. Die Ära Waldheim ist zwar zu Ende, mit ihr verschwindet aber nicht gleichzeitig eine Form des Umgangs, die politischer Kultur nur Schaden zufügen kann. Dafür sorgen Populisten wie Jörg Haider.

Tillmann Bendikowski

Andere Meinungen

Die Sparappelle des Bundeskanzlers, seinen Vorschlag zur Kürzung der Ministergehälter sowie die bevorstehende Streikwelle in der Bundesrepublik gehörten zu den am häufigsten kommentierten Themen der Tageszeitungen. Die FRANKFURTER RUNDSCHAU sieht die Sparappelle als ein Gemisch von Psychologie und Unsinn. Das Blatt schreibt unter anderem:

"Die Hälfte der Wirtschaftspolitik besteht aus Psychologie. In diesen Teil fällt auch die Ankündigung des Kanzlers, die Gehälter der Kabinettsmitglieder um fünf Prozent zu kürzen. Aber deshalb darf die andere Hälfte der Wirtschaftspolitik nicht aus Unsinn bestehen, wie er im 'Angebot' der Metall-Arbeitgeber von 3,3 Prozent zum Ausdruck kommt. Zu dieser Herausforderung dürften sich die Industriellen nur ermutigt gefühlt haben, weil ihre 'Kollegen' im Öffentlichen Dienst auf der Höhe geschaltet haben.

Kohl darf es deshalb nicht mit den Gehaltskürzungen für sein Kabinett bewenden lassen. Es sei denn, er will damit das Preis-Leistungsverhältnis seiner Regierungsarbeit ins Gleichgewicht bringen. Denselben Effekt könnte er noch besser mit einer Anhebung der Qualität seiner Mannschaft erreichen."

Die in München erscheinende

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG sieht in dem Vorschlag des Bundeskanzlers, die Ministergehälter um fünf Prozent zu kürzen, einen geschickten Zug des versierten Taktikers Helmut Kohl und meint:

"So greift der Kanzler auf den Trick zurück, mit dem er schon seinen Regierungsantritt im Jahr 1982 populär ausschmückte: Er verzichtet mitsamt dem gesamten Kabinett auf die in Aussicht stehende Gehaltsaufbesserung von fünf Prozent. Die Auswirkungen auf den Haushalt sind minimal, aber der psychologische Effekt ist kalkuliert. Er zielt darauf ab, zur gleichen Zeit 'Zeichen für sparsame Haushaltung' zu setzen, zu der die Arbeitnehmer auf Bus und Bahn warten und die Hausfrauen händierend vor ihren überquellenden Mülltonnen stehen.

Auch das ist eine Fünf vor dem Komma, wenn auch in die andere Richtung. Da springt der Mann, den die Gewerkschaften für den Streik im Öffentlichen Dienst verantwortlich machen, über seinen Schatten. Es kann allerdings auch sein, daß sich der Volkszorn gegen den Kanzler und seine Minister richtet. Denn die Diskussion lenkt die Aufmerksamkeit immerhin darauf, daß die Opferbereitschaft der Regierenden bei Jahresgehältern von überschlägig 300 000 Mark nicht so hoch ist, wie es klingt."

Die in Bonn erscheinende WELT widmet sich in einem Leitkommentar den Gewerkschaften und ihren Streikmotiven und kommt zu folgenden kritischen Anmerkungen:

"Der Zeitpunkt ist aus gewerkschaftlicher Sicht klug gewählt. Wenn der Müll sich türmt, die Post sich häuft, Busse nicht fahren, Zeitungen nicht erscheinen und Bänder stillstehen, bringt die Ballung von Tarifverhandlungen so etwas wie einen gesamtwirtschaftlichen Arbeitskämpf zustande. Er trifft die deutsche Volkswirtschaft in einer extrem sensiblen Phase. Ihr konjunktureller Kreislauf flimmert, ihr Export verdirrt sich, ihre Staatsfinanzen sind in kritischer Verfassung - die Einheit strapaziert alle Kräfte.

In dieser heiklen Phase die Belastbarkeit der Wirtschaft zu erproben, statt sie zu stärken, bringt nicht mehr, sondern weniger Kaufkraft (durch Inflation), nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze. Hastig wurde das 3,3-Prozent-Angebot der Metall-Arbeitgeber als 'Provokation' verdammt - obgleich es doppelt so hoch ist wie der Produktivitätszuwachs dieser Branche."

Die Hamburger MORGEN-POST hat in dem heiligmüßigen Milliarden-Projekt "Jäger 90" ein besonderes Sparprogramm für die Bundesregierung ausgemacht.

Unter der Überschrift "Zum Abschuß frei" legt der Kommentator dar:

"Das Milliarden-Projekt Jäger 90, nach dem Ende des Kalten Krieges militärisch überflüssig, wird unter der Hand nur noch als ein gigantisches Beschäftigungsprogramm für die Daimler-Tochter Deutsche Aerospace gehandelt. 30 000 Arbeitsplätze, so heißt es, stünden auf dem Spiel. Wenn jetzt der Bundesrechnungshof (nach dem fachkundigen Bundeswehrpiloten) die mögliche und vergleichsweise billige Alternative über den grünen Klee lobt, die russische MiG 29, gehört dies aber in den Zusammenhang mit immer neuen Schreckensnachrichten über Finanznöte und abbröckelnde soziale Sicherheit.

Wenn denn überhaupt das Argument ernstgenommen werden kann, daß wir neue Jagd-Flugzeuge brauchen, weil ein souveräner Staat zumindest über seinem Territorium die Lufthoheit garantieren müsse, warum dann nicht die billige Lösung? Vieles ließe sich finanzieren mit dem Ersparten: anständige Tarife für Krankenschwestern und Polizisten, sozialer Wohnungsbau, Entlastung der Rentenkassen, der Aufschwung in den neuen Ländern. Für die Milliarden, die wir sowieso in die GUS-Staaten pumpen, bekämen wir sogar etwas zurück."

Essen im Kopf

Immerhin haben wir noch gut und reichlich zu essen: Fette Mecklenburger Würste und was der heimischen Köstlichkeiten mehr sind, der Besucher zahlt fünf Mark, was schon teilt sich ihm beim Rundgang über die "Menage '92", ("Fachausstellung für Ernährungswissenschaft"), die Erkenntnis mit, daß dies Land nicht verhungern wird. Überall sitzt, steht, schlendert jemand und ißt was, trinkt was, stakelt an kleinen Köstlichkeiten. Selbst am Stand des Arbeitsamtes hockt ein kurzgewachsener Mensch und knuspert mit schuldbehaftetem Blick ein Käsebrötchen. Leute mit vollem Mund in allen Ecken: Ein zufälliger Blick hinter die Dekorationswand der Industrie- und Handelskammer, und schon kommt ein kleiner Beistelltisch zum Vorschein, an dem jemand etwas zu sich nimmt.

An der Tageszeit kann es nicht liegen, es ist halb drei mittags. Ob der Anblick der prallen Würste einen Auslösemechanismus in Gang setzt? Gern würde ich die Kaugen fragen, was sie dazu gereizt hat, hier einen Imbiß zu nehmen. Aber da spüre ich schon in der eigenen Bauchhöhle dieses Gefühl nagenden Mangels, als hätte man zwanzig Jahre lang gefastet, wo es einem doch vor kaum einer halben Stunde nicht gelungen ist, ohne Bockwurst-Genuß nebst dem damit verbundenen Gefühl dumpfen Tiefstands an einer dieser Imbiß-Buden vorbeizukommen.

An der Hallen-Stirnseite sieht der mit hervorquellenden Augen und raushängender Zunge von Fressen und Saufen träumende Wappens-Stier für die große mecklenburgische Sättigung. Beim Warten auf meine Wurst lese ich in "Grüßwort" des Handwerkskammer-Präsidenten, die Ausstellung sei "für die Ankerbelung der Wirtschaft von erheblicher Bedeutung". Erstaunlich: Ich bin einer von gerade zwanzig Besuchern, kaum zu glauben, daß ich hier an einer Ankerbelungs-Aktion der Wirtschaft eines ganzen Bundeslandes teilnehme. Oder ist es bereits so weit, daß ich allein schon mit meinem Würstchen...?

Satt verlasse ich die Halle. Draußen vor der Tür wird für die künftige Gesamt-Ökonomie des deutschen Nordostens geworben: Den jahrhohen Imbißstand. Warum nicht das "Fleisch-Verkaufsmobil 'Monei' erwerben? Man könnte ja beladen mit viel Wurst immer zu den sozialen Brennpunkten fahren und für zeitweilige Ruhe sorgen: Mit willem Mund spricht man nicht.

Waldemar Schlegel

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation, veröffentlicht unter der Lizenznummer 76, ISSN 0953-369 X, Register-Nummer 308

Herbeshagenin und Chefredakteurin: Regine Marquardt

Beratung: Dr. Gernot Stephan

Redaktions-Geschäftsführer: Anke Gerdrowski

Redaktion: Regine Marquardt, Kultur: Wilfried Pitz

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH, Postfachstraße 19, 2750 Schwarm, Telefon 0 33 88

Verlagsleitung: Hans-Ulrich Gierke, Anzeigen: Rainer Prützer

Setz: EDV-Setzstudio D. Roggenin, Fingertstraße 61, 2400 Lübeck 1

Druck: Li-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgeber decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Politik

Vom Sturm auf die Stasi-Zentrale und der Kartei der Gestapo

Oder: Zweierlei Maß / Ein Vergleich der Aufarbeitung der NS- und der SED-Vergangenheit

Die Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechtssystems und des kommunistischen Diktaturregimes geschieht unter ungleichen Vorzeichen. Trotz der Differenz der beiden totalitären Diktaturen - das Ausmaß der von den Nazis praktizierten Vernichtung oppositioneller Gruppen, der psychisch Kranken, der sogenannten Fremdvölkischen und der europäischen Juden ist einzigartig - stellt sich im Prinzip das gleiche Problem. Für die rechtsstaatliche Demokratie geht es darum, die Trägerstrukturen der Diktatur im Staats- und Justizapparat und in den Erziehungsinstitutionen auszuschalten, die rechtswidrigen Akte des totalitären Regimes zu ahnden und eine wissenschaftliche und publizistische Durchleuchtung der Herrschaftsmechanismen der überkommenen Zwangsordnung in Gang zu setzen.

Diese Aufgaben werden in der Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland oftmals nur einseitig angegangen. Das beginnt schon bei der Forschung. In der Bundesrepublik können wichtige Teilakten zur Beurteilung der Funktionsträger der NS-Diktatur nur begrenzt eingesehen werden. Die Gestapo-Karteien sind so wenig allgemein zugänglich wie die im Document Center in Berlin vorhandenen, nahezu vollständigen Akten über die Mitgliedschaft in der NSDAP; das gleiche gilt für die Personalakten der SS und der Waffen-SS. Die Akten des Auswärtigen Amtes aus der Nazi-Zeit sind der wissenschaftlichen Bearbeitung bis heute verschlossen. In der Bundesrepublik gibt es nicht einmal einen Ansatz für eine dem Stasi-Untersuchungsgesetz vergleichbare Normierung. Der Blick auf die personellen Verantwortlichkeiten für die Aufrechterhaltung der NS-Diktatur bleibt in nicht geringem Maße verengt.

Dem entspricht, daß Anfang der 50er Jahre die Kontinuität des einstigen Staats- und Justizapparates und der Erziehungsinstitutionen in erheblichem Umfang wiederhergestellt ist. Während der Einigungsvertrag vorsieht, daß Personen, die für den Staatssicherheitsapparat gearbeitet haben oder für die Verletzung von Menschenrechten verantwortlich sind, aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden können, gibt es, entsprechend dem Ausführungsgesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (GG) faktisch einen nur durch geringe Ausnahmen begrenzten Wiedereinstellungsanspruch für staatliche Funktionsträger der NS-Diktatur.

Eugen Kogon, der sechs Jahre KZ-Haft in Buchenwald durchlitten hat, spricht 1954 von einem Sieg der 13er über die 1945er. Dies äußert sich beispielsweise darin, daß 80 Prozent der Richter am Bundesgerichtshof vordem im Staats- und Justizdienst des Dritten Reiches tätig waren. Und dies gilt - mit Ausnahme des Bundesverfassungsgerichts - für andere Gerichte in vergleichbarem Maße. Umgekehrt sind in den Neuen Bundesländern schon anderthalb Jahre nach der Vereinigung große Teile der Richterschaft ausgeschaltet worden: In Mecklenburg-Vorpommern sind knapp zwei Drittel, in Thüringen etwa die Hälfte der Richter aus ihren Ämtern entfernt worden, eine Verfahrensweise, die von den Alliierten, vor allem den USA, nach 1945 gegenüber den Nazi-Richtern ebenfalls praktiziert, aber schon im Frühjahr 1946 unter dem Druck konservativer Kräfte aufgegeben wird.

Die Polizei wird in den Fünfziger Jahren in erheblichem Maße von ehemals leitenden Funktionsträgern der SS beherrscht. Von den 33 leitenden Stellen der Kriminalpolizei Nordrhein-Westfalens sind 20 von ehemaligen SS-Sturmabführern und SS-Hauptsturmbannführern besetzt. Bei Ermittlungstätigkeiten gegen NS-Gewaltverbrecher werden oftmals nicht die normalen Polizeikanäle benutzt, weil Betroffene sich selbst schützen könnten.

An den Universitäten lehren in bestimmten Fakultäten überwiegend

diejenigen, die einst als intellektuelle Stützen der totalitären Zwangsordnung dienten, die unbegrenzte Führergewalt, das System der Konzentrationslager, die Diskriminierung der Juden legitimiert hatten. Schon aus Eigeninteresse setzt diese Professorengeneration die wissenschaftliche Aufarbeitung der Herrschaftsmechanismen der NS-Despotie nicht in Gang. Es verwundert nicht, daß die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts, die Beamtenschaft sei aktiver Teil der NS-Diktatur gewesen ist, von der erdrückenden Mehrheit der Rechtslehre der Ära Adenauer in selbstsicherer Unbühligkeit verworfen wird.

In Gegensatz zur Kontinuitätssichernden Maxime der frühen Bundesrepublik werden große Teile der Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Universitäten der ehemaligen DDR aus ihren Stellungen entlassen. Eine über die Erwähnung der Kriterien des Einigungsvertrages (Zusammenarbeit mit der Stasi, bzw. Verstoß gegen Menschenrechte) hinausgehende Diskussion der konkreten Einzelbewertungen findet öffentlich so gut wie nicht statt.

Auch in den freien Berufen gibt es eine vergleichbare Entwicklung. Während diejenigen, die im Justizministerium des Dritten Reiches die Zerstörung eines an rechtliche Schranken gebundenen Staates durch die Propagierung des antiliberalen Täterprinzips ideologisch absicherten - wie z. B. E. Schmidt-Leichner -, nach 1945 unbehelligt Rechtsanwälte werden können, soll nach dem geplanten Rechtsanwaltsüberprüfungsgesetz denjenigen Anwälten Ostdeutschlands, die in erheblicher Weise gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit verstoßen haben, die Zulassung wieder entzogen werden.

Die Entwicklung der deutsch-deutschen Aufarbeitung der Vergangenheit und der Umgang mit dem Stasi-Untersuchungsgesetz provozieren kritische Stellungnahmen. Wir veröffentlichen im folgenden den Beitrag von **Joachim Perels** (Universität Hannover), der einen Vergleich zwischen der Vergangenheitsbewältigung nach 1945 und nach 1990 zieht.

Der unterschiedliche Umgang mit den personellen Stützen der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur beeinflusst auch die Ahndung der jeweiligen Staatsverbrechen. Während sogleich mit der Vereinigung Deutschlands beim Berliner Justizsenator eine Arbeitsgruppe zur strafrechtlichen Aufarbeitung der Regierungskriminalität der SED eingerichtet wird, dauert es in Westdeutschland 13 Jahre, bis 1958 eine entsprechende Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen geschaffen wird. Zuvor bildet sich eine Tendenz bei Staatsanwaltschaften und Gerichten aus, von einer baldigen Generalamnestie für derartige Verbrechen auszugehen. Daher meinte man, wie es in einem Bericht

des Bundesjustizministeriums heißt, "auf die Verfolgung jener Delikte nicht mehr so Wert legen zu müssen". Dem Klima der Verdrängung entspricht, daß die erste Bundesregierung in Gestalt ihres Vizekanzlers Blücher Anfang der Fünfziger Jahre gegen die Hinrichtung der Einsatzgruppenmörder Ohlendorf, Blobel und Naumann durch die Alliierten ausdrücklich protestiert.

Die Ende der Fünfziger Jahre erst wirklich beginnende Ahndung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen ist - trotz einiger bahnbrechender Entscheidungen wie der des Ausschwitzverfahrens und der knapp 6500 Verurteilungen - nur begrenzt und z. T. überhaupt nicht in Gang gekommen. Während jetzt schon eine Anklage wegen Rechtsbeugung gegen

diejenigen Richter erhoben wird, die an den rechtsstaatswidrigen Waldheimer SED-Prozessen beteiligt waren, während die Waldheimer Urteile durch das Bezirksgericht Dresden in einem Beschluß vom 28.10.1991 wegen "menschenverachtende(r) Durchsetzung politischer Ziele" "unter dem Deckmantel ordentlicher Gerichtsbarkeit" für nichtig erklärt werden, sind sämtliche Richter, die der nationalsozialistischen Despotie gedient und dabei mindestens 32.000 Todesurteile verhängt haben, nicht in einem einzigen Verfahren zur Rechenschaft gezogen worden. Als apologetisches Leitmotiv taucht vom sogenannten Huppenkothenurteil des Bundesgerichtshofes von 1956, bei dem es um die justizielle Ermordung von Bonhoeffer, Dohnanyi, Canaris u. a. durch ein SS-Standgericht geht, über die Einstellungsverfügungen gegenüber Richtern und Staatsanwälten, gegen die im Gefolge der vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund 1961 gezeigten Ausstellung "Ungesühnte Nazijustiz" Strafanzeigen erstattet werden, bis zum Rehse-Urteil des Bundesgerichtshofes von 1968 die stereotype Rechtfertigung auf, daß die Entscheidungen nach damaligem Recht zu überprüfen seien - genauso wie die Gerichte, einschließlich des Volksgerichtshofes, unabhängige Entscheidungen gewesen seien.

Damit aber wird die entscheidende Frage verdrängt, ob zentrale, zur terroristischen Herrschaftssicherung geschaffene NS-Gesetze und NS-Gerichte wie der Volksgerichtshof nicht ein System, "gesetzlichen Unrechts" (Radbruch) bilden, das eine Ahndung unter rechtsstaatlichen Kriterien erfordert. Wenn die Justiz den Nazi-Richtern gewährt, was sie den SED-Richtern - zu Recht - verweigert, nämlich die Berufung auf die Terror-

normen der Diktatur, spricht sie mit einer gespaltenen Zunge.

Nicht nur der Justizapparat des Dritten Reiches, auch das Reichssicherheitshauptamt und seine personellen Träger werden gerichtlich nicht belangt. Als Anfang der 60er Jahre der Berliner Generalstaatsanwalt Günther gegen das Reichssicherheitshauptamt zu ermitteln beginnt, wird er von Justizkollegen fast für übergeschnappt erklärt. Das ohnehin spät in Gang gesetzte Verfahren gegen die Schreibtischtäter der SS verläuft am Ende im Sande. Umgekehrt aber führt die Mitarbeit im Staatssicherheitsdienst der SED nach den Regelungen des Einigungsvertrages zu direkten Sanktionen: zur Möglichkeit des Ausschlusses aus dem Verwaltungs-, Justiz-, Universitäts- und Schuldienste. Selbst da, wo NS-Gewaltverbrechen von der Justiz der Bundesrepublik geahndet werden, geschieht dies vielfach in einer halbexkulpierten Form. Eindeutige Täter, die sich als überzeugte, gehorsame und aktive Nationalsozialisten erwiesen hatten und an Verbrechen beteiligt waren, werden nicht als Täter verurteilt. Sie werden lediglich als Beihilfer, die kein eigenes Interesse an den mörderischen, oftmals eigenhändigen Gewaltakten gehabt hätten, eingruppiert. So wird, um nur ein Beispiel zu geben, der Stellvertreter Eichmanns in Ungarn, Krumey, wegen Beihilfe zum Mord in - wohlgemerkt - 300.000 Fällen zu ganzen fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese Praxis bundesdeutscher Gerichte hat zur Folge, daß grauenvolle Kapitalverbrechen des NS-Staates durch das Strafmaß verniedlicht werden und den Opfern gleichsam noch einmal in's Gesicht geschlagen wird.

Die wichtigsten Gründe für den laxen Umgang mit einer großen Zahl nationalsozialistischer Staats- und Gewaltverbrechen liegen in der weitgehenden Kontinuität der Funktionärseliten der NS-Diktatur und in einer erstaunlichen Affirmation der Ideen des Nationalsozialismus in der Bevölkerung. Bestimmte Richter und Professoren befinden sich in einer paradoxen Situation: Genau diejenigen, die über Gewaltexzesse des nationalsozialistischen Staatsapparates urteilen, bzw. sie wissenschaftlich untersuchen sollen, haben vielfach selber in verschiedensten Formen das Dritte Reich mitgetragen. Verstärkt werden diese Blockaden für die Aufarbeitung noch dadurch, daß Ermittlungsbehörden, Gerichte und juristische Interpretationseliten in einem gesellschaftlichen Milieu operieren, das den kritischen Blick auf das NS-System systematisch trübt.

Zwei Zahlen aus amerikanischen Meinungsumfragen mögen genügen: Bereits 1948 sind 55 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, daß der Nationalsozialismus etwas Gutes sei, das nur schlecht ausgeführt worden sei; 1949 optieren bei einer Wahl zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus 43 Prozent für den Nationalsozialismus.

Daß das größte Macht- und Mordsyndikat der deutschen Geschichte nicht durch eine Revolution gestürzt wurde, markiert die folgenreiche Strukturdivergenz zur Überwindung der SED-Herrschaft, die durch eine friedliche Volksrevolution niedergezogen wird. Die Stasi-Zentrale, Symbol und Garant der totalitären Verfassung des alten Regimes, wird gestürzt. Das Reichssicherheitshauptamt, das furchtbare Gehirn der Nazi-Herrschaft, zieht keine Massenaktionen auf sich.

Die Bürgerbewegungen in der DDR haben etwas geschafft, was es in der deutschen Geschichte bisher nicht gibt: Die massenhafte Überwindung eines totalitären Zwangssystems von innen. Nachdem die Trägerschichten der SED entmacht sind, kann es umso mehr gelingen, die Herrschaftsmechanismen der politbürokratischen Diktatur juristisch, wissenschaftlich und moralisch ohne prinzipielle Hindernisse bloßzulegen.

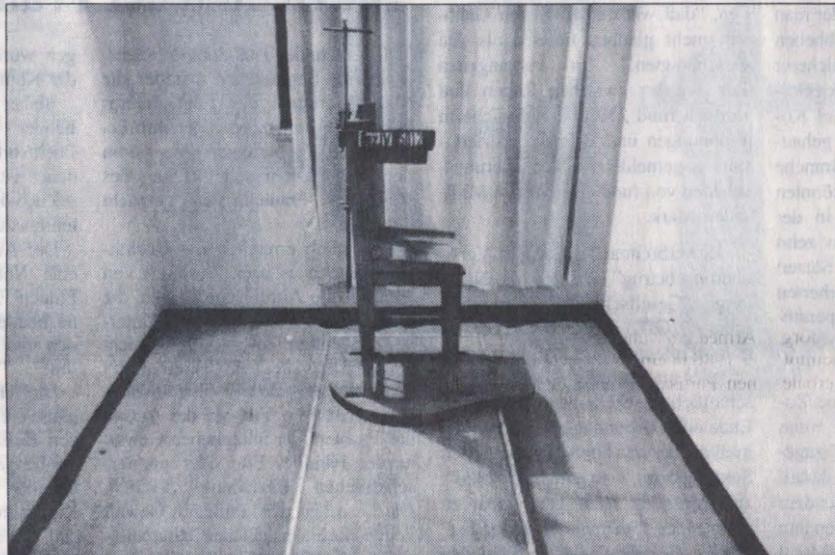


Foto: Lothar Steiner

Die Stasi, die Kirche in Potsdam und anderswo

Und weiter in Sachen Stolpe, Stasi und Kirche...

Vielleicht ein bißchen des Schlechten zu viel, was uns der alerte Ministerpräsident Brandenburgs zumutet in den letzten Wochen. Sein Schweigen bleibt bedeutungsvoll, in Manfred Stolpe ist ein echter Medienprofi am Werk. Er verkauft sich und seine Botschaft nahezu perfekt, was man von den Politaien auf Seiten der Bürgerbewegung nach wie vor nicht sagen kann. Vor laufenden Kameras in allen Dritten Programmen - außer dem bayerischen versteht sich - saßen Samstag abends, ein Brandenburgischer Ministerpräsident, ein Altbischof, ein Propst auf der einen Seite, auf der anderen die Bürgerrechtler Bohley, Pflugbeil und Schult. Neben dem Brandenburger mußten alle anderen eher wie Staffage erscheinen. Letztlich ist den Bürgerrechtlern nichts weiter gelungen, als Manfred Stolpe zu einer weiteren Probe seines Könnens zu verhelfen.

Es will scheinen, Stolpe hätte schweigen sollen, wenn denn nichts anderes, neueres zu sagen war, als seine zum Erbrechen wiederholte Versicherungen: Er sei ein ohne sein Wissen Ausgespähter gewesen. Ein Stolpe in uns allen? Oder quält Sie, lieber Leser im Osten, nicht auch die bange Frage: Was hab ich alles vor mich hingeleudert über Hinz und Kunz, Freund und Feind und, wenn wir Weizsäcker gekannt hätten, auch über den. Nichts tun wir doch lieber als ungefragt jedem, der es hören mag, mitzuteilen, was wir über andere denken. Der Stoff, aus dem ein Orwell-Mielke-Imperium wächst.

Also Manfred Stolpe war auch so einer, ein bißchen verratscht oder ein Mann, der Gutes wollte, was mittlerweile fast unwichtig geworden ist. Andere Fragen bleiben von Brisanz:

Können wir mit einem Ministerpräsidenten in Deutschland leben, an dem ein Makel kleben wird, auch wenn mehrheitlich seiner Sicht der Dinge gefolgt werden sollte? Wenn er auch noch so viele Leumundszeugen auffahren wird in den nächsten Tagen, der üble Geruch bleibt für immer.

Die andere: Gibt es zweierlei Maß an Gerechtigkeit - eines für Ministerpräsidenten und ein anders für den gemeinen Mann?

Die nächste Frage: Was ist das für eine Kirche, von der wir annehmen, sie sei nun wenigstens die eine unbefleckte Institution geblieben in Zeiten der SED-Herrschaft.

Hat die Stasi in der Kirche einen Tummelplatz gehabt? So schätzt Wolfgang Loukides, Rechtsanwalt in Schwerin, ehemals Jurist beim Oberkirchenrat der mecklenburgischen Landeskirche die Moritat von einst und jetzt ein, böse. Der Jurist reklamiert seit langem, daß die Kirche vorgehen müsse in dem Prozeß der Läuterung alter Stasisünden. Er könnte es beurteilen, hat er doch die Kirche gut gekannt aus Zeiten seiner Mitarbeit und bekam er doch intensivsten Einblick in den sündigen Stasi-Pfuhl während seiner Mitarbeit bei der Auflösung der Stasizentrale in jenem heroischen Herbst, der Zeit der großen "Volksfront" für einen Neubeginn.

Wie sehr diese "Front" zerbrochen ist, zeigte eine Diskussion, die jüngst in der Schweriner Petrusgemeinde stattfand. Altbischof Heinrich Rathke versuchte zu klären, zu erklären, wo stand die Kirche einst, wo steht sie heute. Zu keiner Zeit sollte sie auf der Seite der Macht stehen und doch ist sie immer wieder in Versuchung geraten, ihr in die Fänge zu gehen. Nicht von Heldentaten, nicht von mutigem Be-

kennen war die Rede an diesem Abend, aber auch nicht von dem großen Versagen wie es aus der sicheren Perspektive von 1992 sich leicht hinstellen läßt. Loukides war bald auf einsamen Posten. Man warf ihm vor, er gehe mit Namen leichtfertig um, wenn es um das vermeintliche Aufarbeiten von Verstrickung kirchlicher Mitarbeiter mit dem Ministerium für Staatssicherheit gehe. - Hier liegt wohl eines der Kernprobleme und die entscheidende Unzulänglichkeit des Stasiunterlagengesetzes: Wie umgehen mit dem Wissen?

In letzter Zeit machten Zahlen die Runde, nahezu zwei Drittel der Pastorenschaft hätten für das MfS gearbeitet. So spektakuläre Zahlen machen natürlich Eindruck, Entmythologisierung ist angezeigt. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Kirche ein Hauptziel des MfS war, doch zum Beispiel gab es im Bezirk Rostock 8000 informelle Mitarbeiter, darunter 150 aus dem kirchlichen Bereich. Es wird suggeriert, die IMS seien Pastoren. Doch die Herren in den Talären waren wiederum nur ein Bruchteil der Belasteten. Schlimm genug. Beschönigung ist nicht am Platz, soll auch nicht. Es waren Pastoren, Katecheten, Kirchenälteste etc.

Und Zahlen sagen wenig, es waren weitaus weniger Verstrickte im Raum der Kirche als es die Runde macht, aber es waren erbärmlich viele, viele Erbärmliche.

Was tun, wie weiter mit dem gestörten Vertrauen?

Patentlösungen wird es nicht geben, die hatte man nicht in Schwerin und nicht in der Gethsemanenkirche in Berlin parat. Es scheint, die Gräben zwischen denen, die kurze Zeit die politi-

sche Elite der Wende waren und denen, die heute Mehrheiten repräsentieren, sind tief und werden es noch lange bleiben.

Es ist Männern und Frauen der Kirche nicht zu verdenken, daß sie sich heute schlecht behandelt fühlen, wenn sie von Oppositionellen von einst, die sie in ihren Räumen aufnehmen heute Kollaborateure gescholten werden. Auch ist es den vergessenen Kindern der Revolution nicht zu verdenken, daß sie sich mit dem vermeintlichen Kenntnisstand von heute, der ihnen weismacht, die Kirche habe sie verraten, für die Hilfe von einst so bedanken.

Aber auch da ist Entmythologisierung angebracht: Weder hat die Kirche ihre Räume leichten Herzens zur Verfügung gestellt - es bedurfte vieler Kämpfe in allen Bereichen der Kirche bis sich einige Kirchenorte öffneten. Die Mehrheit der Gemeinden und Pastoren hatte den Mut nicht, weder den zur Opposition noch den zur Herberge. Noch gab es je zu DDR-Zeiten eine ernstzunehmende politische Kraft, die dem Regime Widerstand geleistet hätte. Und die wenigen, die vor der Zeit erkannt hatten, was das war der "erste sozialistische Staat auf deutschem Boden", sind von der schweigenden Mehrheit allein gelassen worden. Und sie haben es nie verstanden, sich auch nur Minderheiten zu schaffen, die hinter ihnen standen. Einige wenige, stellten sich hinter sie, vor sie - oft waren es Männer und Frauen der Kirche.

Auf welcher Seite stand Manfred Stolpe in diesem abgeschmackten Kapitel deutscher Geschichte? Wissen wir bald mehr, bald Eindeutigeres und wie leben wir dann mit diesem Wissen?

Regine Marquardt

Wirtschaft

Wi(e)der die Verpackungs-Flut

Der aufrechte Gang wird gefördert, - niemand muß sich mehr den Buckel durch das Schleppen von Mehrwegflaschen krümmen". So umreißt die grüne Schweriner Stadtverordnetenfraktion den Effekt der neuen Verpackungs-Verordnung. Ähnlich der grüne Bundestagsabgeordnete Dr. Feige: "Milliardenschwerer Flop", Angetan reagiert gegenüber der Einzelhandel: Besitzer von Ladenketten sprechen von der "Notwendigkeit, die Wegwerf-Mentalität zu verändern", und die gleichen Firmen, die bisher so selbstverständlich wie profitabel auf den Wogen der Verpackungs-Flut geschwommen sind, schlucken klaglos die neuen Vorschriften.

Mit der neuen Verpackungs-Verordnung, die eine Rücknahmepflicht für Transport-, Um- und (ab dem kommenden Jahr) Verkaufs-Verpackungen durch die "Vertrei-

ber" festschreibt, hat nach Bonner Lehrmeinung eine neue Epoche der Zurückdrängung des Verpackungswahns begonnen; endlich seien Alle in die Verantwortung genommen: Die "Vertreiber" müssen zurücknehmen und für Recycling sorgen, die Einzelhändler Vorkehrungen für die Entgegennahme des Verpackungsmülls treffen, die Verbraucher "auspacken". Umsetzen will das alles das "Duale System Deutschland" (DSD), ein privater Zusammenschluß von Firmen, der die Verpackungen - laut Verordnung - "einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung zuführen" soll.

Firmen, die pro Verpackung einen Pfennig-Betrag an die DSD entrichten, wird per "grünem Punkt" auf den Produkten bestätigt, daß die jeweiligen Verpackungen im Rahmen des

"Dualen Systems" recycling-fähig sind. Was aber im Stil des "blauen Umwelt-Engels" so ökologisch daherkommt, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die neue Etikettierung des Altvertrauten. Selbst die Pressestelle des DSD räumt die Platitude ein, daß der "Grüne Punkt", der von der Cola-Dose bis zur Shampoo-Tube so ziemlich alles zielt, keine Verpackung umweltgerechter werden läßt. - Einweg-Müll bleibt Einweg-Müll, auch wenn er recycling-fähig ist und man ihn auf den Titel "Wertstoff" tauft.

Kritiker werfen Töpfer vor, daß mit der Verpackungs-Verordnung und dem DSD aus dem Einweg- und damit dem Wegwerf-Prinzip endgültig eine Einbahnstraße gemacht werde: Statt auf Vermeidung von Müll und die Reduzierung der Abfallmengen zu setzen, helfe Bonn einem profitablen System in's Leben, das in

seinen Verwertungs- und Verarbeitungswegen diffus bleibt.

Denn was gesammelt wird, kann das DSD auch nur "auf Förderbänder kippen und sortieren", so Gerd Billen von der Verbraucher-Initiative. Bisher unlösbare Probleme bereitet dabei vor allem der Kunststoff-Müll, der noch immer kaum recycling-fähig ist: Schon frühere Versuche endeten in der Alt-BRD meist kläglich und mußten abgebrochen werden, nachdem bekanntgeworden war, daß man die Plaste zwar getrennt gesammelt, danach aber kurzerhand zur nächsten Müllverbrennungsanlage gekart hatte.

Das gewachsene Umweltbewußtsein hat, so die Kritiker, nur einen Schein-Erfolg erzielt: Hinter den Kulissen des Potemkin'schen Ökodorfes, dessen Straßen mit gelben Tonnen gesäumt und dessen Ladengeschäfte mit Sammelbehältern be-

stückt sind, wird der Plastik-Müll schlicht exportiert und dann bevorzugt in Ländern der Dritten Welt, aber auch in wachsendem Maß in Polen und der CSFR verbrannt.

Mit der neuen Verordnung, argumentieren die Umweltverbände, wird der konsequenten Müllvermeidung (an der sich nichts verdienen ließe und die eine Reihe gewinnintensiver Branchen zum Einsturz brächte) eine strukturelle Absage erteilt. Das DSD erscheint so als eine Art Auffangstellung der an tiefgreifender Veränderung nicht interessierten Industrie: Mit symbolkräftigen, aber mit voller Absicht zu kurz greifenden Aktivitäten wird der öffentlichen Öko-Sensibilität Tribut gezollt. Übrig bliebe eine geschönte Statistik, hinter der weiterhin allzu viel Wohlstands-Müll in die üblichen Kanäle verschoben wird.

Die neue Verordnung plätschert

im Althergebrachten und bewegt wenig - dazu noch in der falschen Richtung. Da hilft auch der Verweis auf das allenthalben vergleichsweise in der umweltpolitischen Steinzeit dümpelnde europäische Ausland nichts; die Rechtfertigung vermeidbarer eigener Fehler mit denen Anderer ist ein gar zu billiger Trick. Es ist und bleibt eine Illusion, das Müll-Problem in den Griff zu bekommen, ohne Müll wirklich von vornherein vermeiden zu wollen. Und so hat das ganze duale Unternehmen etwa die Glaubwürdigkeit eines Großversuchs, Pelze zu waschen, ohne sie naß zu machen. Aber immerhin (und auch das belegt das aufwendige Unterfangen): die Selbstverständlichkeit der Wegwerf-Mentalität früherer Zeiten ist dahin. Und darauf läßt sich trotz allem aufbauen.

Michael Will

Mecklenburg muß wachsenden Mülltourismus verkraften

Die an Jahren Jüngste im Schweriner Kabinett - Dr. Petra Uhlmann - wird als Umweltministerin von den im wahrsten Sinne des Wortes schmutzigsten Altlasten gepeinigt. Konkret: von den Sorgen um die Entsorgungsanlage in Schönberg im

Niedersachsen und Hessen sowie Nordrhein-Westfalen und - man lese und staune - Baden Württemberg, Bayern und sogar Österreich.

Befragt, mit welcher Note sie den technischen Standard der "Kippe" und die Organisation ihres Betriebes wie auch den Kontrollmechanismus bewerten würde, meinte Frau Uhlmann: "So mit zwei bis drei." Das könnte noch erheblich besser werden, denn - so fügte sie hinzu - ihres Wissens gebe es in der ganzen Bundesrepublik keine so intensiv und sorgfältig kontrollierte Deponie wie die in Schönberg, und jede Kontrolle wiederum liefere Argumente, die Auflagen an den Betreiber zu überdenken.

Obwohl Schönberg (unweit von Lübeck gelegen) alles andere als eine Zierde ist, meinte Frau Dr. Uhlmann, daß die ("oft aus Unkenntnis über die wahre Situation") erhobenen Forderungen nach Schließung der Deponie zur Zeit überzogen und ungerechtfertigt sind. Allein schon der Stau am Kontrolltag hätte die Hamburger Behörden zum "Rotieren" gebracht. Generell hätten es aber gerade die Hamburger ihren Mecklenburger Nachbarn hoch angerechnet, daß diese sich gegenüber dem Stadtstaat an der Elbe stets solidarisch verhalten hätten. Ob freilich die Hamburger und die übrigen Nutzer der Mecklenburger "Müllkippe" weiterhin zu so relativ günstigen Konditionen nutzen können, steht in den Sternen. Denn (ähnlich wie im Brandenburg-Berliner Grenzgebiet) gibt es Bestrebungen, die Deponie, die derzeit noch der Treuhand gehört, in Landeseigentum zu überführen. Das hieße aber, daß man über viele Praktiken neu verhandeln müßte.

Eine Deponie - so oder so - zu verkaufen, bringt freilich kaum vorstellbare Probleme mit sich. Denn - so Staatssekretär Dr. Conrad - "eine Deponie ist kaufmännisch nicht so zu bewerten wie eine Diskothek, ein Gemüseladen oder gar ein Supermarkt. Es gibt zu viele Unwägbarkeiten, die kaufmännisch nicht kalkulierbar sind, beispielsweise die vielleicht in 20 oder 30 Jahren notwendig werdende Nachsorge bzw. eine Rekultivierung. Auch Sanierungsmaßnahmen sind nicht auf Jahre und Jahrzehnte im voraus plan- und bewertbar." Konsequenz: Bei der Lösung der zukünftigen Besitzverhältnisse von Deponien kann es nach Dr. Conrads Meinung nur politische Lösungen geben. In Schwerin ist man gespannt, wie die mittelfristig zu erwartende Stellungnahme der Treuhand aussehen wird.

ppl, Herbert Hansen

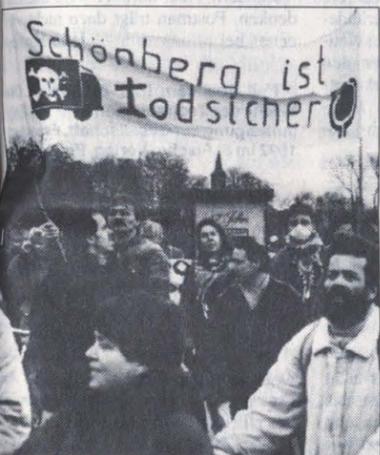


Foto: Hauck

äußersten Nordwesten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die größte in Deutschland oder gar in Europa. "Ich habe mir die Deponie Schönberg nicht gewünscht, und ich habe sie auch nicht gebaut", sagte sie dieser Tage in der Landeshauptstadt. "Dessen ungeachtet aber existiert sie und wird auch in absehbarer Zeit einer der Hauptbestandteile der Abfallwirtschaft unseres neuen Bundeslandes sein."

Herausgefordert worden zu dieser Stellungnahme war Frau Dr. Uhlmann durch den Wirbel, den vor einigen Tagen eine unangekündigte, sehr kurzfristige Kontrolle des inzwischen länderübergreifenden Mülltourismus mit Ziel Schönberg verursachte. Allein schon der Stau, den die Sonderkontrollen vor den Schönberger Deponietoren auslösten, führte im 80 km (!) entfernten Hamburg zu einer "mittelschweren Entsorgungskatastrophe". Denn sobald die 200 bis 220 mammuthaften Müll-Laster, die im Schnitt täglich Schönberg ansteuern, keine freie Fahrt haben, entstehen an den Müllumschlagplätzen in Hamburg und an anderen Orten infarktgleiche Engpässe.

Sie demonstrieren, so drückte sich die Ministerin aus, die starke Abhängigkeit der "Nutzer" von der mecklenburgischen Entsorgungsanlage. Dabei listete sie auf, woher die kontrollierten Fahrzeuge mit Haus- und vor allem Sonderabfällen (wie Klärschlamm und ölhaltige Abfälle) stammten, deren Dokumente haargenau und bis ins Detail unter die Lupe genommen wurden. In ganz geringem Umfang waren das eigene Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein die "Absender", in umso größerer Zahl indes die Hansestadt Hamburg,

WAS MACHEN? WAS MACHEN!

Bitte.

Aufschwung braucht Ausbildung: Damit die Wirtschaft in den neuen Bundesländern weiter in Schwung kommt, werden auch gut ausgebildete junge Leute benötigt. Denn gerade die Marktwirtschaft erfordert qualifizierten Nachwuchs, damit die Unternehmen sich im harten Wettbewerb behaupten können.

Eine Bitte an die Betriebe: Investieren Sie im eigenen Interesse in neue Lehrstellen. Und helfen Sie dadurch mit, der Jugend Perspektiven zu eröffnen. Jetzt gilt es, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Vorausschauende Ausbildung im eigenen Betrieb gehört dazu. Denn je günstiger sich die Wirtschaft entwickelt, desto schwieriger wird es, fähige Mitarbei-

ter zu finden. Ihr Lehrling von heute ist die Fachkraft von morgen. Orientierungshilfen für die Einrichtung von Ausbildungsplätzen finden Sie in der Broschüre *Aufschwung braucht Ausbildung*.

Eine Bitte an alle Jugendlichen, die bald die Schule beenden: Werden Sie jetzt aktiv. Informieren Sie sich gründlich über Berufe und Ausbildungsmöglichkeiten. Kümmern Sie sich selbst um eine Lehrstelle. Und wenn es nicht auf Anhieb klappen sollte, lassen Sie nicht locker.

Worauf es ankommt, steht in der Broschüre *Fitmachen für die Ausbildung*. Bitte nutzen Sie die angebotenen Informationen, und ergreifen Sie die Initiative. Danke.



Eine Initiative von Bundeswirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann

Bitte schicken Sie mir kostenlos diese Broschüre(n).

Firma: _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Coupon bitte auf frankierte Postkarte kleben und einsenden an den: Bundesminister für Wirtschaft, Außenstelle Berlin, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Unter den Linden 44-60, O-1086 Berlin

Kultur

Technopol und Kultur-Aids

Die Macht der Technologien und die Entmündigung der Gesellschaft

Die Zivilisationsgeschichte läßt sich als Auszug der Menschen aus der selbstverschuldeten Vernunft, aber auch umgekehrt als Prozeß der Zerstörung von Sinn, Ordnung und Verantwortung beschreiben.

sondern werden umgekehrt die Menschen an die Erfordernisse technologischer Funktionierens angepaßt. Der Mensch selbst wird als Maschine begriffen, die tendenziell als konstruierbar, reparierbar und planbar begriffen wird.

„die denkbar größte politische und religiöse Freiheit zu gewähren und dennoch politische Identität und Orientierung zu bewahren“ und „Zusammenhalt und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu haben, obwohl sie sich Menschen aus der ganzen Welt öffnet.“

„Aufstieg der Menschheit, eine optimistische Geschichte, nicht ohne Unglück und Leiden, aber immer wieder markiert von erstaunlichen Siegen“ sein. Geleert werden sollen in der neuen Schule nicht wie heute üblich zuerst Selbstverwirklichung, der Erwerb von Fertigkeiten für Berufe oder die soziologisierende Problemanalyse der Gesellschaft, sondern die Fähigkeit zum „Großen Gespräch“ über die humanistische Selbstverständigung der Menschengeschichte, Sprache, Künste und Musik, vergleichende Religionslehre sind ihm wichtiger als „informationsüber-sättigte und technikverliebte Büffelei“.

An die Technik wird nun, wie zuvor an die Glaubenssätze der Religionen, „geglaubt“. Der ursprüngliche rationale Impuls der Technik zur Naturbeherrschung im Interesse der Menschen gegen Krankheit, Hunger, Not und Unterdrückung etc. wird selbst irrational. Der Prozeß wissenschaftlicher Erkenntnis und wissenschaftlicher Umsetzung ist so unübersichtlich geworden, daß er von denen, die ihn vorantreiben, nicht mehr begriffen werden kann, kaum noch steuerbar ist und deshalb zunehmend Macht über die Menschen gewinnt.

Die Kulturtechniken, die zu dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit gehören, kennzeichnet Postman als „Kultur-Aids“. Alles Leben ist davon infiziert, wann es in seinen unheimlich destruktiven Wirkungen aufbricht und wie, ist offen. Die Viren dieser Krankheit der Kultur heißen, Telefon, Fernsehen und Computer. Sprechen anstatt schreiben, Bilder anstelle Sprache, Fiktion anstelle Realität, und ins unübersichtliche explodierte und damit sinnlose Information. Die Experten regieren, ohne zu wissen, worüber sie reden. Die Bürokraten komplizieren die politischen Prozesse. Die Psychologen psychiatrisieren die Menschen und schwächen sie zusätzlich. Die Politiker regieren nicht, sondern manipulieren auf Meinungsumfragen. Im kurzatmigen Diesseitsbezug der Unterhaltungskultur verschwindet die Erinnerung. Die Verwundenshaftigkeit selbst des Naseputzens stiftet einen neuen Irrationalismus, der in der heillosen Flucht vieler Menschen in esoterische Sekten die Dummheit und einen geistigen Analphabetismus neu verbreitet.

Postman fragt, wie „kann eine Nation ihre Geschichte, ihre Originalität und ihre Humanität bewahren, wenn sie sich ganz der Vorherrschaft einer technologischen Gedankenwelt ausliefern?“ Seine Antwort ist so amerikanisch einfach, wie Hollywood-Filme zu Tränen rühren: „Widerstand gegen das amerikanische Technopol leisten Menschen.“ Postmans „liebvoller Widerstandskämpfer“ soll „den Meinungsumfragen keine Beachtung schenken“, sich weigern „Effizienz als das vorrangige Ziel des Umgangs der Menschen untereinander zu akzeptieren“, dem „magischen Glauben an die Zahlen abschwören(...), Präzision nicht als Synonym für Wahrheit nehmen(...), Sozialwissenschaftler und Psychologen als trockene Geschichtszähler nicht zu ernst nehmen(...), der Idee des Fortschritts mit Argwohn begegnen(...), alte Menschen, die Familie und die Ehre, die Religion, die Tradition respektieren“(...) und eine Distanz zur Technik wahren, daß sie ihm „stets sonderbar erscheint und unausweichlich, niemals selbstverständlich.“

Postmans Kritik- und Ausweg-Angebot ist ernst zu nehmen und dennoch unbefriedigend. Der Hinweis auf den Menschenverstand und das Mißtrauen gegen die Realität gesellschaftlicher Entwicklung, die subjektive unideologische Verweigerung gegenüber Modernisierungsschüben geht von einem bewußten Bürger aus, der sich diesen Prozessen gegenüber autonom verhält - sie bewertet, mitgestaltet oder verwirft. Das Problem liegt in der Realität des gesellschaftlichen Wandels aber gerade darin, daß die Öffentlichkeit über eine solche Autonomie nicht verfügt. Ein so entwickeltes Könnenbewußtsein, das über technische Entwicklungen entsetzt und auch noch im Konsens entscheidet, bevor sie in die Realität gehen, gibt es bisher eher nicht. Bisher ist alle Politik dem Selbstlauf der Technik nach- und untergeordnet. Wie Politik in die gestaltende Vorhand kommen kann, neue Erkenntnisse bewertet, bejaht, verwirft oder Fehlentscheidungen ohne viel Aufhebens korrigiert, das wird zum Hauptbrennpunkt der Politik, zur Überlebensfrage der westlichen Demokratien in den

Aber Postman ist kein konsequenter Apokalyptiker. Er ist ein selbstbewußter Amerikaner. Stolz darauf, daß es in den USA gelungen ist, seinen Bürgern

Elke Erb

Warnung

Mörder Meister Verdacht
Der Feind steht draußen
Diese Übermacht Mummenschanz

1978/82

„Da gehst Du durch den Wortwald, bringst Licht in die Verhältnisse. Sprechen ist hier wie Erze brechen im Berg, aus dem Reiben, im Zerbrechen der Steine findet sich Sinn. Schreiben ist hier verstanden als Suche nach diesem Sinn in den natürlichen Schichten des Existierens, Selbstversicherung im Nichtvorhandenen, im Unaussprechlichen. Alles Wirkliche wird aus dieser Sicht bis zur Lächerlichkeit relativiert.“

Elke Erb, geb. 1938 in der Eifel, dann in Halle aufgewachsen, war mit Erich Arendt, Karl Mickel, Heinz Czechowski und Sarah Kirsch befreundet und mit Adolf Endler verheiratet. In dem vorliegenden Taschenbuch sind Texte aus drei Jahrzehnten veröffentlicht. Gedichte mit sehr verschlüsselten Eigeninterpretationen und Kurzprosa. Alle drei Formen sind nicht deutlich voneinander geschieden. Die Ernsthaftigkeit der Erforschung ihrer eigenen Sprache beeindruckt, dennoch verweigern sich die Ergebnisse oft einem kommunizierbaren Sinn und sind selbst nur Material: „Im Treppenhaus Kastanienallee 30 nachmittags/ um halb fünf roch es flüchtig/ nach toten selbstvergessenen Mäusen./“

Wenn die Mäuse sich selbst vergessen haben, dann können sie leben oder aber doch schon immer tot gewesen sein oder wirklich tot sein und ihr Leben war nicht oder ist nicht mehr als dieser flüchtige Geruch, der ja auch von selbst verschwindet oder weiterzieht und doch da ist an diesem Nachmittag in der Kastanienallee 30. Natürlich ist uninteressant, warum die toten Mäuse gerade hier stinken und doch ...

Elke Erbs Verse „bleiben für sich“ und es ist der Respekt vor ihrer sich selbst zurücknehmenden Auseinandersetzung damit, der ihre Verse gelegentlich strahlen läßt und vor nichtssagender Beliebigkeit bewahrt. u.k.

Elke Erb, NACHTS, HALB ZWEI, ZU HAUSE, Texte aus drei Jahrzehnten, Leipzig 1991 im Reclam Verlag, Reclam Bibliothek 1401, Preis 10 Mark

nächsten 100 Jahren werden. In Postmans Technopol überwiegt die modische Wiederholung einer nun doch schon sehr populären Kulturkritik, die aus Prinzip gegenüber allen Veränderungen negativ bleibt und sich der Neudefinition von Humanität unter den veränderten Basiswerten der Erkenntnis und Möglichkeiten der Menschen nur defensiv und skeptisch-mißtrauisch annähert.

Möglicherweise funktioniert revolutionärer Wandel nur nach diesem konservativen Muster des Bewahrens im Verändern. Aber darüber wäre nachzudenken. Postman trägt dazu nicht viel neues bei. Udo Knapp

Neil Postman: Das Technopol. Die Macht der Technologien und die Entmündigung der Gesellschaft, Frankfurt 1992 im S. Fischer Verlag, Preis: 20,-

Kalenderblatt

Schöpfer der plattdeutschen Nationalhymne

Vor 180 Jahren wurde Friedrich von Flotow in Teutendorf bei Rostock geboren

Seine Oper „Martha oder Der Markt zu Richmond“ wurde zu einem Dauerbrenner auf den Bühnen. Das Werk, 1847 im Hoftheater in Wien uraufgeführt, markiert zugleich den Zenit seines Schaffens. Es war der große Wurf für den am 27. April vor 180 Jahren auf dem Rittergut Teutendorf bei Rostock geborenen Friedrich Freiherr von Flotow, der fast 40 Opern schuf, aber nie wieder an diesen Erfolg anknüpfen konnte.

gemäß. Als „zweiter Mozart“ von seinem Onkel bezeichnet, kommt Friedrich von Flotow zu Anton Reicha, der ein gesuchter Kompositionslehrer war. Zu seinen Schülern gehörten u.a. Adolphe Adam, Franz Liszt, Hector Berlioz und César Franck. Zwei Jahre nimmt der junge Friedrich Unterricht bei Reicha und macht die Bekanntschaft Adams, Aubers, Meyerbeers, Gounods, Rossinis und Offenbachs. 1835 wird in Ludwigs-lust mit der Oper „Pierre et Catherine“ erstmals ein größeres seiner Bühnenwerke inszeniert.

„Ausgerüstet mit großer Gewalt und kleinem Gehalt“, wie Flotow ironisch anmerkt.

Alois Schmitt als Hofkapellmeister nach Schwerin holt, erwartet in der Residenz Friedrich Franz II. ein „siebenjähriger Krieg“ mit Neidern, Widersachern und der Großherzoginmutter Alexandrine,



Friedrich von Flotow ist bereits ein in Mitteleuropa anerkannter Komponist, als er im Oktober 1855 auf seinem Landsitz Ober-Sievering bei Wien den Ruf zur Übernahme der Leitung des Großherzoglichen Hoftheaters in Schwerin erhält - auf persönlichen Wunsch des Großherzogs, wie betont wird. Der 43jährige nimmt an, und schon im Dezember erfolgt die Einsetzung als Inten-

der Komponist, der als Repräsentant der Spieloper des Biedermeier gilt, wird anlässlich seiner Berufung in der Lokalpresse vorgestellt „als ein Weltmann durch und durch, das Antlitz schmal, schlank, elegant, das Antlitz etwas müde, das Haar in tadelloser Napoleonslocke tief in die Schläfen gebürstet, der Knebelbart genauso, wie ihn Napoleon III. und seine Herren allen Salonlöwen Europas vorschreiben, die Brust bedeckt mit Orden und Ehrenzeichen aus allen Ländern, nach kurzer, erster Ehe zum zweitenmal mit einer Dame der internationalen Welt verheiratet, kurz und gut: eine Persönlichkeit, die eine große Bereicherung für das Gesellschaftsleben der Residenz werden kann.“

Doch auf von Flotow, der seine Kraft darauf richtet, ein großes gutes Orchester zu schaffen und den verdienstvollen

die mit der Drohung, das Theater nicht mehr zu betreten, stets ihren Willen - bis zur Entlassung von Schauspielern und Sängern - durchsetzt. Auf die Dauer war dieses Klima von Ständesdünkel und Borniertheit, wie Flotows dritte Frau in ihren Memoiren anmerkt, für den offenen, liebenswürdigen Charakter von Flotow schwer erträglich, war er es doch gewohnt, sich ungezwungen in der großen, von Vorurteilen freien Pariser Gesellschaft zu bewegen. 1863 geht er zurück nach Wien, wo er „die schönsten Lorbeeren“ gepflückt hatte.

Zu den geringen musikalischen Erträgen der Schweriner Zeit gehören eine Jubelouvertüre und die Oper „Johann Albrecht“, die der Komponist anlässlich der Einweihung des Schweriner Schlosses 1857 schuf. Zwar avancierte der Männerchor daraus „In Deutschland an den Ostseestrand, dort liegt ein so schönes Land“ für kurze Zeit zur plattdeutschen Nationalhymne Mecklen-

burgs, doch dem Werk, später auch „Adreas Mylius“ genannt, war kein dauerhafter Erfolg beschieden. Weitere Werke wie Zwischenaktmusiken, ein Ballett, Quartette und Melodramen wurden beim großen Theaterbrand in Schwerin vernichtet.

Ab 1880 lebt der viel Reisende auf dem Gut Heiligenkreuzberg bei Darmstadt. Das Alter wird überschattet von einem schweren Augenleiden. Seine letzte Komposition ist „Der blinde Musikant“, in die eigene bittere Erfahrungen eingehen. Ein Gehirnschlag beendet am 24. Januar 1883 das Leben des Rastlosen. Unter dem Geläut aller Glocken Darmstadts und begleitet von einer unübersehbar und bescheidenen Menge wird er zur letzten Ruhe geleitet. Schöpfer vieler unvergänglicher präziöser Melodien, von denen die wohl schönste und bekannteste - „Letzte Rose“ - nur ein „Adoptivkind“ ist.

Dorothee Trapp

Hier geht's zum Abo

52mal Mecklenburger Aufbruch für nur 50,- DM oder das Förder-Abo für 70,- DM

JA! Ich möchte abonnieren. Das Abo geht an:

Name/Vorname
Straße/Hausnummer
PLZ/Wohnort
Telefon

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird

Gewünschtes Abo ankreuzen:
Förder-Abo 70,- DM
Geschenk-Abo 50,- DM
Normal-Abo 50,- DM
Studenten-Abo 40,- DM

Gewünschte Zahlungsweise:
Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung)
Bequem und bargeldlos durch Bankbuchung
Bankleitzahl
Kontonummer
Bankinstitut

Name/Unterschrift

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



Schnupper-Abo

10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10,00 DM incl. Versand

JA! Ich will den MA 10 mal jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname
Straße/Hausnummer
PLZ/Wohnort
Telefon

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

Gewünschte Zahlungsweise:
Ich lege 10,- DM in bar bei
Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10,- DM bei
Abbuchung vom Konto:

Bankleitzahl
Kontonummer
Bankinstitut

Name/Unterschrift

Wenn mir der MA gefällt, wandelt sich das Abo nach 10 Wochen in ein normales Jahresabo für 50,- incl. Versand um. Möchte ich den MA nach Ablauf der 10 Wochen nicht weiterlesen, genügt bis 10 Tage vorher eine kurze schriftliche Nachricht an die unten angegebene Adresse.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Kultur

2. FILMFEST SCHWERIN

FILME AUS ÖSTERREICH SCHWEIZ DEUTSCHLAND

6. bis 10. Mai 1992



DER NDR PRÄSENTIERT DAS MULTI-MEDIA-FORUM NDR SCHWERINER SCHLOSSMUSEUM

Hauptfilm läuft

Das zweite FilmFest Schwerin startet am 6. Mai

Fünf Tage lang, vom Mittwoch (6. Mai) bis Sonntag (10. Mai), weht wieder eine frische Film- und Kunstbrise durch die ansonsten eher verschlafen wirkende Landes- und Beamtenhauptstadt Schwerin.

Für Kinogänger, die neben "Rambo" und "Terminator" noch neugierig auf den 'anderen Film' sind, und Kunstaktions-Fans verspricht das Festivalprogramm eine Hoch-Zeit. Ob es einen Sturm der Begeisterung entfachen kann, wird sich erweisen müssen.

In der Situation der derzeit auch im Kunst- und Kulturbetrieb ablaufenden Umstrukturierung und des so oft und lauthals beklagten vermeintlichen Kulturverfalls kommt dem Schweriner FilmFest eine wichtige Signalfunktion zu. Die bundesweite Beachtung ist enorm, mehr als 100 Journalisten haben sich akkreditieren lassen. Deementsprechend ist auch das Grundanliegen formuliert: "Das FilmFest Schwerin will Grenzen überwinden - Noch bestehende Denkgrenzen innerhalb Deutschlands, europäische Grenzen und künstlerische Abgrenzungen." Praktisches Hauptanliegen ist die Förderung des deutschsprachigen Filmes.

In erstaunlich kurzer Zeit hat sich das FilmFest etablieren können. Im Vergleich zum Auftaktfestival im vergangenen Jahr ist das Programm wesentlich erweitert, ist das Filmangebot auffallend attraktiver.

Inhalt und Charakter werden durch die drei grundlegenden Programmpunkte bestimmt: Spielfilmwettbewerb, Kurzfilmwettbewerb und Multi-Media-Forum. Für den Spielfilmwettbewerb wurden aus 56 eingereichten Beiträgen neun Spielfilme aus der Bundesrepublik Deutschland und Österreich ausgewählt, darunter bereits vielbeachtete und prämierte Filme wie "Das Heimweh des Walerjan Wrobel" (1990, Regie: Rolf Schübel), ausgezeichnet mit dem Bundesfilmpreis, oder der Siegerstreifen des Saarbrücker Filmfestivals "Der Erdnussmann" (1992, Regie: Dietmar Klein) und der zur Berlinale uraufgeführte Film "Miraculi" (1990, Regie: Ulrich Weiß). Die weiteren Filme im Wettbewerb sind: "Dügün - Die Heirat" (1991, Regie: Ismet Elci), "Ostkreuz" (1991, Regie: Michael Klier), "Freispiel" (1990/91, Regie: Friedemann Fromm), "Der nächtliche Besucher" (1991, Regie: Konrad Sa-

brautzky), "Ilona&Kurti" (Österreich 1990/91, Regie Reinhard Schwabenitzky) und "Das Land hinter dem Regenbogen" (1991, Regie: Herwig Kipping).

Im Kurzfilmwettbewerb werden 17 Filme (maximale Spieldauer 20 Minuten) aus der Schweiz, aus Österreich und Deutschland gezeigt.

Außerhalb des Wettbewerbes werden unter dem Titel "Wende im Film - Film in der Wende" 22 nach dem November 89 entstandene ostdeutsche Spielfilme gezeigt. Damit präsentiert Schwerin die erste große Gesamtschau des ostdeutschen Spielfilmes seit dem Mauerfall. Darunter sind Filme u.a. von Peter Kahane, Frank Beyer, Heiner Carow, Egon Günther, Roland Oehme und Herman Zschoche.

Mit "Stilles Land" von Andreas DResen kommt das erste Spielfilmprojekt, das durch die kulturelle Filförderungs Mecklenburg-Vorpommern realisiert wurde zur Uraufführung.

Alles in allem: Fünff Tage Kino total.

Zum Multi-Media-Forum haben sich namhafte Künstler mit interessanten Projekten und Aktionen ange-

sagt, die in der Innenstadt Schwerins zu sehen und zu erleben sein werden. Im Staatlichen Museum wird es unter dem Titel "Videowall" eine Installation des Urvaters der Videoinstallationskunst, des Koreaners Nam June Paik geben: 90 Videomonitore spiegeln das verwirrende Medienbild unserer Zeit wider. Künstler aus Südtirol, Österreich, der Schweiz und Deutschland gehen auf eine "Gedankenreise" und präsentieren ihr "Europa-Projekt". Eine Kunstachse Schwerin - München, München - Schwerin als "Deutschland-Projekt" wird entstehen, Plastiken, kinetische und szenische Installationen werden eingerichtet. Insgesamt sollen 18 Projekte realisiert werden.

Diese interdisziplinäre Verbindung verschiedener Genres bestimmt den besonderen Charakter des Schweriner FilmFestes, das sich dadurch von der Vielzahl vergleichbarer Festivals in der Schweiz, in Österreich und Deutschland abhebt.

Veranstaltet wird das FilmFest von der Bundeszentrale für politische Bildung, der Stadt Schwerin und dem Mecklenburg-Vorpommern Film e.V.

W. Pilz

„Deutsche Stationen“

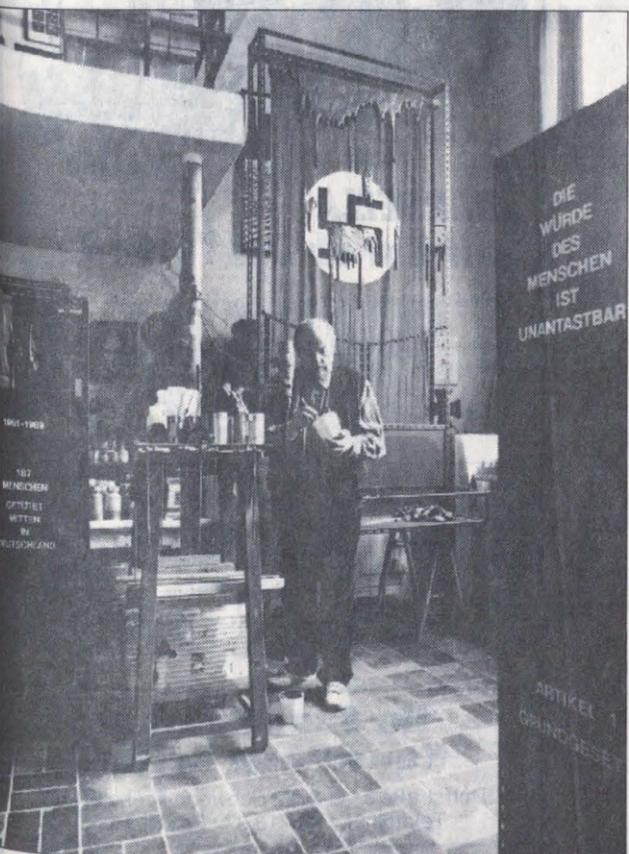
Otto Dressler erneut mit einer Kunstaktion in Schwerin

Zur Auftaktveranstaltung des 2. FilmFest Schwerin wird der Münchner Verfremder Otto Dressler seine Kunstaktion "Deutsche Stationen - vergessene Erinnerungen 1961 - 1989" am 6. Mai um 14 Uhr auf der Mecklenburgstraße realisieren.

Otto Dressler, der bereits im vergangenen Jahr in Schwerin "Die Jahrhundertspur" legte und damit große Betroffenheit beim Publikum auslöste, nimmt den Gedanken dieser Aktion, die sich gegen Nationalismus, Terror und Gewalt richtet auf und konfrontiert die Passanten mit einem geschichtlich einmaligen Vorgang in der Mitte Deutschlands: "Vergessene Erinnerungen" als Untertitel steht für die Opfer, die an der ehemaligen Deutsch-Deutschen Grenze getötet wurden. 187 Menschen starben an dem Grenzwall. Und 25 Soldaten fanden dort den Tod. In einer ca. 20 Meter langen Großdarstellung wird mitten in Schwerin die Erinnerung an die Opfer künstlerisch wachgehalten ...

Otto Dressler, der mit seinen Ausstellungen und Aktionen oft dem musealen Bereich verläßt, sucht die Begegnung mit Menschen an Orten, die dem kritischen Dialog entgegen kommen: Öffentliche Plätze, kommunale und staatliche Bürgerhäuser, Ministerien und Parlamente, Einkaufszentren, Universitäten, Fernsehstudios, Schulen, Messehallen.

Dressler sucht bewußt die Konfrontation mit Betroffenen und die Auseinandersetzung um eine veränderbare Umwelt. Er fing als Steinbildhauer an, baute 43 Kriegerdenkmale als Mahnung gegen Krieg und massenhaftes Töten, begann neu nach der deutschen Wiederbewaffnung, nun als Verfremder und Aktionist, um Kunst wirkungsvoller und hautnah verständlich zu machen. Seine Aktions- und Objektmotive entnimmt er dem alltäglichen Lebensbereich, Ausstellungen und Aktionen fanden bisher in über 200 Städten Europas statt. Otto Dressler lebt und arbeitet bei München.



Otto Dressler bei den letzten Vorbereitungen für die Schweriner Kunstaktion „Deutsche Stationen“. Links und rechts: die „Denk-Mals-Stelen“ des Schweriner Aktions-Projekts. Hinten: Das Großobjekt „Vom Erbe der Väter zum Wahnsinn der Enkel“.

Ribnitz-Damgarten

„Erikas Zimmer“

Installation in der Galerie im Bernsteinmuseum

Vom 2. bis 29. Mai 1992 zeigt die Galerie im Bernsteinmuseum die Installation "Erikas Zimmer", eine Zusammenarbeit der Bildhauerin Susanne Rast mit dem Metallgestalter Lutz Penndorf.

Eröffnet wird am 2. Mai um 14 Uhr mit Musik von Dietmar Diesner.

Susanne Rast wurde 1962 in Rostock geboren. Nach einer Töpferlehre bei Johann Klünder in Ahrenshoop, studierte sie bis 1986 an der Kunsthochschule in Berlin, wo sie seitdem als freischaffende Bildhauerin lebt.

Ihr Werk ist das einer bizarren Ein-

zelgängerin, die ihren Weg abseits des Kunstbetriebs sucht. Die von ihr modellierten Figuren verdeutlichen die Zerbrechlichkeit und die Gefährdungen des menschlichen Lebens.

Lutz Penndorf schreibt über sich selbst: "1960 im Liegen geboren, 1961 erste Sitzerfahrungen, 1966 bis 1978 harte Sitzungen, 1978 bis 1980 wenig gesessen, zwischen 1980 und 1990 hier und da gesessen. 1990 erste Stuhlausstellung."

Von ihm stammt die Möblierung für "Erikas Zimmer": skurrile Metallstühle zwischen Skulptur und Gebrauchtgegenstand.

Volkstheater Rostock

1. Schultheatertage von Mecklenburg-Vorpommern

Vom 4. bis 8. Mai 1992 finden im Kleinen Haus des Rostocker Volkstheaters die ersten Schultheatertage von Mecklenburg-Vorpommern statt. Das Rostocker Schülerfreizeitzentrum, die Landesgemeinschaft Spiel & Theater und das Volkstheater Rostock organisieren dieses erste landesweite Treffen von Schultheatergruppen. 24 Inszenierungen von Schülern aus der 1. bis 12. Klasse werden zu sehen sein.

Das bunte Programm bietet neben Schauspiel von alten bis neuen Klassikern (Aristophanes bis F. Dürrenmatt) auch plattdeutsche Märchenfassungen, Tanztheater, Puppenspiel und Kabarett-Programme.

An drei Tagen werden außerdem 14 Werkstätten von Profis und Laien für die Schüler angeboten, in denen diese Materialien, Spielmöglichkeiten und Grenzbereiche des Theaters ausprobieren können.

1. Schwul-Lesbischen Kulturtag

Die Isolation aufbrechen

In Rostock starteten Ende April die 1. Schwul-Lesbischen Kulturtag. Veranstalter ist der Verein für Homosexuelle RAT & TAT, als Schirmherr fungiert der Präsident der Bürgerschaft Christoph Kleemann.

Kultur als Brückenschlag zu den "Stinos", den Stinknormalen, wie die Homosexuellen ihre heterosexuellen Mitmenschen nennen. Sie selber bezeichnen sich als "normal" und wollen mit ihren abwechslungsreichen Kulturtagen die Mauer aus Vorurteilen, Intoleranz, Ablehnung und Diskriminierung ins Wanken bringen. Das couragierte Gesprächsangebot soll vor allem auch jene 4 - 5 % der Rostocker Bevölkerung erreichen, immerhin etwa 10 000 Menschen, die ihr homosexuelles Gefühlsleben unterdrücken, verschleiern oder leugnen.

Über den Monat Mai verteilt hat der Verein ein vielversprechendes Programm auf die Beine gestellt, Talkrunden, Theater und Film, Travestie, bunte Shows und vieles mehr. Ein Höhepunkt ist sicher der kabarettistische Streifzug durch die europäische Musikgeschichte mit Rolf Wole, der unter anderem das gigantische Musikwerk "Der Ring der Nibelungen" - inklusive aller wichtigen Töten - von 20 Stunden auf 20 Minuten stutzt, eine bayrische Fassung der "Carmen" anbietet und bei allem die Nerven- und Geschlechtskrankheiten der großen Komponisten nicht vergißt. Weiter im Angebot sind u.a. eine Ausstellung "Man(n) liebt Mann" (ab 3. Mai), "Ich bin schwul ..." ein Theaterabend mit Klaus Heinker (8. Mai) und "Schwul-Lesbische Filmtage" (vom 21.-27. Mai).



Gustaf Gründgens als Mephisto in Goethes „Faust I“ - fotografiert von der Hamburgerin Rosemarie Clausen.

Mecklenburgisches Landestheater Parchim

Theater-Bilder

Photographien von Rosemarie Clausen

Vom 4. Mai bis zum 2. Juni 1992 sind in den Räumen des Mecklenburgischen Landestheaters Parchim unter dem Titel "Gesicht des Schauspielers - Portraits und Szenen" Arbeiten der Theaterphotographin Rosemarie Clausen zu sehen. Die 1907 in Berlin geborene und 1990 in Hamburg verstorbene Künstlerin hatte in den Dreißiger und vierziger Jahren in Berlin und nach dem Krieg in Hamburg das künstlerische Geschehen an den bedeutenden Bühnen beider Städte photographisch begleitet. Unter anderen photographierte sie Gustaf Gründgens, O. E. Hasse, Martin Held, Werner Krauss, Marcel Marceau und Will Quadflieg. Vor allem Aufnahmen zu zahlreichen Gründgens-Inszenierungen am Deutschen Schauspielhaus in Ham-

burg sowie zu Regie-Arbeiten Samuel Becketts am Berliner Schiller-Theater machten Rosemarie Clausen zur bekanntesten deutschen Theaterphotographin ihrer Zeit. 1947 hatte sie die einzigen Photographien des mit ihr bekannten todkranken Schriftstellers Wolfgang Borchert aufgenommen. Ihre Arbeiten wurden wiederholt preisgekrönt.

Die von der Deutschen Gesellschaft für Photographie in Zusammenarbeit mit der Dresdner Bank gestaltete Parchimer Ausstellung zeigt Szenenphotos und großformatige Portraits von berühmten Schauspielern, insbesondere aus der Zeit, in der Gustaf Gründgens am Hamburger Schauspielhaus und Boy Gobert am Thalia-Theater arbeiteten.

Vermischtes

Neue Leitstelle für Feuerwehr und Rettungswesen

Kein Sirenengeheul mehr in Pasewalk

Die kürzlich im Pasewalker Landratsamt in Betrieb genommene Leitstelle für Feuerwehr und Rettungswesen hatte einiges Aufsehen erregt. Ihr technischer Entwicklungsstand ist Weltspitze und ihre Wirksamkeit setzt neue Maßstäbe im Rettungswesen der jungen deutschen Bundesländer und darüber hinaus.

Anlässlich der offiziellen Inbetriebnahme konnte Landrat Rainer Haedrich viele interessante Gäste begrüßen. Unter ihnen Dr. Storm, der in Vertretung des Sozialministers des Landes M-V gekommen war. Ein Vertreter des Partnerkreises Stormarn - dieser Kreis war unterstützend an der Einrichtung der Leit-

stelle beteiligt - war ebenfalls erschienen.

Anlaß für die Einrichtung der neuen Leitstelle war eine Festlegung des Innenministers M-V aus dem Jahre 1990, die besagte, daß die Feuerwehr aus den Aufgaben der Polizei herauszulösen sei. Hinzu kam der unhaltbare Zustand bei der Alarmierung des Rettungswesens in Pasewalk.

Nach der vollen Inbetriebnahme der mit zwei Bedienplätzen ausgestatteten Leitstelle ist es nun möglich, sowohl Feuerwehr als auch Rettungsfahrzeuge und Notarzt zu alarmieren. Bei Bedarf kann die Einrichtung auf vier Plätze erweitert werden. Das Besondere: Feuerwehrleute, Rettungsdienst und Notarzt wer-

den über einen Alarmempfänger gerufen. Somit entfällt das "Sirenengeheul" und der Notarzt ist nicht mehr an einen Telefonplatz gebunden. Auch die große Schar Neugieriger, die sich beim Ertönen der Sirenen am Feuerwehrhaus einfand und nicht selten zu einer echten Behinderung für die Feuerwehrleute wurde, ist durch den Alarmempfänger ausgeschaltet.

Der Landkreis Ueckermünde soll demnächst ebenfalls Nutznießer der modernen Anlage werden.

Bei der Übergabe der Leitstelle an Udo Bleeck, den Leiter dieser Einrichtung, bedankte sich Landrat Rainer Haedrich bei allen, die an der kurzfristigen Schaffung dieser mo-

dernen Anlage beteiligt waren und würdigte im Besonderen die Einsatzbereitschaft der Pasewalker Feuerwehrleute und der Einsatzkräfte des Rettungswesens.

Eine Technischschau von Feuerwehr, Polizei und Rettungswesen auf dem Pasewalker neuen Markt - auch der Rettungshubschrauber aus Greifswald war eingeflogen - informierte die Öffentlichkeit über den Stand der Entwicklung.

Zum Abschluß dieses ereignisreichen Tages übergab Landrat Rainer Haedrich einen neuen Krankenwagen, zwei neue Rettungsfahrzeuge sowie ein Notarztfahrzeug an den Pasewalker Rettungsdienst.

Eugen Schmitzdorf



Landrat Rainer Haedrich erhielt vom Landesfeuerwehrverband eine Tafel mit dem Kreiswappen von Pasewalk zur Erinnerung an die Inbetriebnahme der Leitstelle.



Zur Verbesserung der medizinischen Notfallversorgung wurden dem DRK Pasewalk ein neuer Krankenwagen, zwei neue Rettungsfahrzeuge sowie ein Notarztfahrzeug übergeben.

**Gewalt und Demokratie
passen nicht zueinander.
Lassen Sie nicht zu,
daß Gewalt unsere Straßen
beherrscht.
Fremde sind wir alle !**



**Fremde
brauchen Freunde.
Wir auch.**

Bauboom für Seebrücken an Meckl.-Vorp. Küste

An den Ostseeufem Mecklenburg-Vorpommerns wachsen wieder Seebrücken ins Wasser. Schon wenn im Mai die Saison beginnt, erlebt die 340 Kilometer lange Küste eine Renaissance der Bäderschiffahrt. Immer mehr ostdeutsche Ostseegegenden und Kurbäder entdecken derzeit den touristischen Wert der Bummelfahrten über See. Mit einem mehrtägigen Volksfest wurde am 10. April im westlich gelegenen Boltenhagen eine neue, 290 Meter ins Meer ragende Seebrücke eingeweiht. In dem zweitältesten deutschen Seebad werden für diesen Sommer weitaus mehr Gäste erwartet als bisher.

Die älteren unter den Einheimischen können sich noch an die turbulenten dreißiger Jahre erinnern, als schon einmal eine Seebrücke den Strand von Boltenhagen zierte. An jedem Wochenende im Sommer, so erzählen sie, begrüßten sie als Kinder die Dampfer am Steg. Bis der Eiswinter 1943 das Holzbauwerk zerbrach und Jahre später die DDR-Behörden die störenden Reste im Grenzgebiet demontieren ließen. Auch in Kühlungsborn - bekannt durch Mecklenburgs Kleinbahn "Molli" - ist im vergangenen Jahr eine neue Seebrücke entstanden, an der schon Passagierschiffe aus Dänemark anlegten. Um die Sache perfekt zu machen, wird jetzt sogar der Brückenvorplatz mit schwedischem Marmor gepflastert. Die attraktive Promenade mit schilfgedeckten Geschäften dürfte bald viele Gäste zum Bummeln animieren - vielleicht am Strand entlang zum gleich nebenan

liegenden Heiligendamm, das wieder Deutschlands Bade- und Kurmecca werden will.

Bis 1993, wenn Heiligendamm 200 Jahre alt wird, soll dort eine neue Klinik stehen. Auch die historischen Spielkasinos, Land- und Logierhäuser empfangen bald wieder Gäste. Vor allem aber träumen die Stadtväter von Heiligendamm's alter Seebrücke. Möglichst im Original, das heißt vollständig aus Holz, soll sie wiedererrichtet werden. Da die heutigen Vorschriften solche Bauwerke nur noch in Stahlbauweise zulassen, soll eine Sondergenehmigung erwirkt werden. Der mecklenburgischen Bäderschiffahrt, die 1845 mit dem in der Wismarer Bucht zu Vergnügungsfahrten kreuzenden Rad-

dampfer "Samson" begann, dürfte dann bald nichts mehr im Wege stehen.

Aber auch weiter östlich wird die Ausflieger-Flotte in nicht ferner Zeit anlegen können. Auf der Insel Rügen beispielsweise. Zwar ist noch völlig unklar und vor allem unter Naturschützern umstritten, ob am Fuße des bekannten Königstuhls wieder ein Schiffsanleger entstehen soll. Dafür jedoch kursieren im einstigen Fischerdorf Sellin bereits Zeichnungen für eine gigantische 500-Meter-Seebrücke, die direkt an die bereits rekonstruierte Selliner Hochuferbrücke angeschlossen wird. Wo schon 1906 die ersten Dampfer andockten und später Eisgang, Stürme und Brände dem Schiffstourismus ein jä-

hes Ende bereiteten, soll nach historischem Vorbild und binnen 28 Wochen eine neue Landungsbrücke mit Restaurant, Imbiß, Wasserrettungsstation, Musikpavillon und einer Bäderschiffsdienst-Zentrale gebaut werden.

Deutschlands östlichste Seebrücke in Ahlbeck auf der Insel Usedom könnte eigentlich schon Ausflugsdampfer empfangen, die Touristen aus dem vorpommerschen, brandenburgischen und polnischen Hinterland über die Oder an die See befördern. Doch noch ist nicht sicher, was auf den Planken der 1892 errichteten, in ganz Europa bekannten Plattform nun wirklich passieren soll. Über die Pläne eines amerikanischen Investors, der das Usedomer Filetstück erworben hat, kursieren in Ahlbeck die wildesten Gerüchte. Ob die Gaststätte auf der Brücke künftig Diskothek oder Freudenhaus wird, bleibt vorerst Spekulation, die Gemeinde will da noch ein gewichtiges Wörtchen mitsprechen.

Vor wenigen Tagen erst kündigten die 1 500 Einwohner der Gemeinde Lubmin ebenfalls den Wiederaufbau ihrer 350 Meter langen Seebrücke im Greifswalder Bodden an. Die bislang ziemlich abgesperrte Gegend leidet noch immer zu Unrecht ein bißchen unter dem Image des nahegelegenen und inzwischen abgeschalteten Kernkraftwerkes. Doch früher oder später werden die Touristen kommen, meinen die Lubminer: Ob mit Ausflugsdampfer, Motorboot oder Segelyacht.

Ralph Sommer (ADN)



Der große
Babyausstatter
auf 700 m²
Betriebsfläche

2. Mai langer Samstag

Große Auswahl: Möbel, Kinderwagen
Sportkarren, Autositze usw.

Schwerin-Friedrichsthal · Lärchenallee 32
B 104 Richtung Gadebusch

Mo.-Fr., 9-18.00 · Do., -20.30 · Sa., 9-14 · Ig. Sa. -16 Uhr
Parkplatz vorm Haus

EMILIO ESTEVEZ MICK JAGGER ANTHONY HOPKINS

FREE JACK

Concorde Film zeigt
eine James G. Robinson
Präsentation
Einen Morgan Creek Film
Eine James G. Robinson /
Ronald Shusett Produktion
Im Verleih der Concorde Film

EMILIO ESTEVEZ
MICK JAGGER
RENE RUSSO und
ANTHONY HOPKINS
FREE JACK · JONATHAN BANKS
und DAVID JOHANSEN

Capitol Schwerin

30. 4. - 5. 5. 92 - 17.00, 19.15 u. 21.30 Uhr

Fritz Reuter Bau
frb

Dachdecker und Bauklempner

Sanitär - und Heizungsinstallation

"Fritz Reuter" Bau GmbH

O-2730 Gadebusch, Güstrower Weg 3

Tel. 28 14 · Fax 24 21

**PREIS
DUELL**



Abb.: MARBELLA CLX

**MARBELLA
mit Kat ab DM 11.960,-**

Satisfaktion ist gefordert. Recht so. Für Ihr Pulver sollen Sie auch ordentlich was abbekommen. Selbstbewußt und siegessicher stellt sich der SEAT MARBELLA. Gezielt feuert er die ganze Ladung direkt auf Herz und Verstand: Qualität nach Volkswagen-Standard, 5-Gang-Getriebe, geregelter 3-Wege-Kat, 1-Schlüssel-System. Volltreffer ... und tschüss!

SEAT MARBELLA Special 0,9	€ 12507,20 DM
Effektiver Jahreszins	5,9 %
Anzahlung	3807,20 DM
36 Monats-Raten à	263,60 DM
Teilzahlungspreis	9489,60 DM
Ein Angebot der SEAT Bank	

**Ihr Seat-Händler
Hans-Peter Seifert**

Dorfstraße 3 · O-2782 Schwerin-Krebsförderm
Telefon 084 / 61 16 37 · Fax 61 16 38



Forum

Amtspersonen mit unechtem Heiligenschein

Das Bild ist sehr alt und sehr bekannt: Eine würdige Amtsperson überreicht dem Bedürftigen ein großzügiges Geschenk. Wenn's sich so arrangieren läßt, wird mit Blumentöpfen (von Firma X) und mehr oder weniger passender Musik das Szenarium garniert. In neun von zehn Fällen handelt es sich um Geld oder Sachwerte (Hilfsmittel für Kranke und Behinderte sind besonders beliebt), die ganz und gar nicht aus der Tasche der Amtsperson stammen. Mithin handelt es sich also um die Vortäuschung falscher Tatsachen. Dieser landesübliche Betrug hat immerhin drei Gewinner:

Erstens verschafft sich der honorierte Geldgeber bescheiden im Hintergrund stehend einen werbewirksamen Auftritt und gewachsenes Ansehen bei der Amtsperson. Zweitens ist dem hohen Herren vom Amt der Auftritt recht, ist er doch geeignet, dem Volk ein paar Hinweise mit dem Blick auf die immer wieder kommende Wahl zu geben und drittens hat der Empfänger das Geld auf seinem Konto.

So schmeichelt der Staat in der Wohltätigkeit herum. Gelegentlich wird der Vorhang noch von ein paar Dutzend tränenfeuchten Augen beleuchtet.

Eines habe ich noch vergessen. Es ist wesentlich. Die Medien sind mit

von der Partie. Sie wurden gerufen und kamen gern, um das scheinheilige Brauchtum ins Bild zu setzen (meine Mutter nannte derartige Aktionen Schneckenfleisch mit Himbeersauce).

Ich nenne den Vorgang die Boulevardvariante des Spendens. Das sollte wir uns abgewöhnen.

Eine andere, nicht weniger gefährliche Variante ist die der Spendenzahlung auf ein Konto der Verwaltung. Was weiter mit dem Geld geschieht bleibt unklar. Der Spender verläßt sich darauf, daß im Amt schon das Rechte mit dem Geld gemacht werde. Den guten Eindruck bei der Obrigkeit hat er gratis und postwendend bekommt er eine Bescheinigung, damit er das Geld beim Finanzamt von der Steuer absetzen kann. Der Obrigkeit kann ein solcher Weg nur recht sein, bietet er doch immer neu die Gelegenheit, sich großzügig zu zeigen und um Dankbarkeit oder Staatsstreu zu heischen. Beide Varianten sind übel, untergraben die demokratische Verfassung, machen die Bürger zu Kindern, die glücklich einen Lolli bekommen.

Was bleibt? Wohin mit den Spenden, wenn ein Unternehmer, ein Verein, eine Bank u.a. nach Prüfung der Bilanz feststellt, daß es sinnvoll ist, ein wenig zu spenden, so sich besser rechnet, die Steuergrenze zu hart tangiert wird. Man wähle den direkten

Weg vom Spender zum Empfänger, was voraussetzt, daß man einander kennt. Genau aber darauf kommt es an! Sich kennen, voneinander wissen, einander helfen. Die goldene Regel sei immer, so wenig Staat wie möglich, nur so viel, wie nötig.

Empfehlenswert ist, ein jedes Amt entsagt der Versuchung, Spenden zu empfangen. Es bleibt dem Spendewilligen die Mühe der Wahl. Es bietet sich allerdings auch die Chance, genau demjenigen zu helfen, der einem am nächsten steht, dessen Arbeit einem aus eigener Einsicht wichtig ist.

Vielleicht sollte es allen Ämtern der Obrigkeit untersagt werden, Spenden zu empfangen, damit es mal ein Ende hat mit dem peinlichen Vorgang des Hinabbeugens zum gemeinen Volk, dem fortgesetzten und schleichenden Untergraben der Demokratie.

Ich vermag jedenfalls keinen Unterschied auf den Bildern zu erkennen, auf denen zu sehen ist, wie sich der Präsident X leutselig zu einem Kind niederbeugt, weil weiland der erste Sekretär und vorher und zuvor die Reihe reicht ins Kaiserreich, aber Unterschiede sollten doch erkennbar sein. Nur wissen kann ich von einem Unterschied. Erkennbar ist er nicht.

Volker Keßling

„Kuddelmuddel im Land“

Mit leichten Kopfschmerzen las ich den Beitrag von Michael Will „Die Opposition ist arm dran“.

Es geht ja hier um Neuwahlen - Ja oder Nein, jetzt oder nie mehr. Und eigentlich aber geht es darum wieder nicht, finde ich zumindest, ich, der ich keiner politischen Partei oder Organisation angehöre und im neunjährigen Superwahljahr sicherheitshalber, wie ich dachte, quer durch die Parteienlandschaft mich wähle.

Doch was für eine Opposition wäre die Opposition, die parlamentarische wie die außerparlamentarische Opposition, wenn sie nicht jetzt in dieser Situation, bei diesem Kuddelmuddel im Land, in der CDU als „Ministerpräsidentenpartei“ selbst, und dazu bei dieser knappen Mehrheit im Parlament, die sie mit der FDP besitzt, Neuwahlen fordern würde. Es wäre schlichtweg unbegreiflich und sicherlich oder ganz bestimmt weiteres Wasser auf die Mühlenräder der Rechten, wenn schon die demokratische Opposition, ohne wenigstens die Stimme, in Form einer Forderung nach Neuwahlen, dagegen zu erheben, zuschaut. In einer Demokratie, in der man Neuwahlen fordern kann, denn sonst wäre es ja keine Demokratie, muß man sie fordern, wenn es an der Zeit ist.

Helfried Bussler



Diese Flotte bringt köstliche Ernte ein

Petri Heil! - Die größte Krabbenkutterflotte der niedersächsischen Nordseeküste liegt im ostfriesischen Greetsiel. 29 Fischerboote fahren zur Zeit unermüdet auf Krabbenfang - es ist Hochsaison für die köstlichen Meerestiere. Nach einem schlechten Fang-Start, hatte sich die Lage wieder normalisiert. Es gibt wieder genug Krabben im Wattenmeer der Nordsee, teilte ein Sprecher der Fischereigenossenschaft mit. Nicht nur die Feinschmecker können sich freuen, begeistert sind auch die Touristen vom Bild, das die Kutter bieten, wenn sie mit hochgestelltem Fanggeschirr im Hafen liegen. Foto:amw

Asylverfahren:

Streit könnte beendet werden

In den letzten Monaten - vor allem in den letzten Landtagswahlen - in Baden-Württemberg wie in Schleswig-Holstein - wurde die Frage der notwendigen Neuregelung des Asylverfahrens in teilweise unverantwortlicher Art hochgespielt und politisch mißbraucht. Was sich dabei einige Politiker und Parteien leisteten, erfüllte nicht nur den Tatbestand der politischen Volksverdummung, sondern trug - entgegen ihrer vordergründigen Schutzbehauptungen - eher dazu bei, die für alle Beteiligten und Betroffenen gefährliche und für das Ansehen der Bundesrepublik schädliche Fremdenfeindlichkeit in Deutschland mehr zu schüren als zu mindern. Nachdem nun diese teilwei-

se verwirkenden Wolken der Wahlkämpfe abgezogen sind, sollte - auch in dieser Frage - der politischen Vernunft und Verantwortung die Beachtung geschenkt werden, die diesen Streit endlich in einer für alle Demokraten in unserem Land vertretbaren Lösung beenden könnte.

Mit dem am 1. Juli in Kraft tretenden Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren dürfte dies noch nicht der Fall sein, wie sich bald zeigen wird, wenn nicht mehr geschieht. Andererseits muß allerdings auch festgestellt werden: Wer den einfachen, unmißverständlichen Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ im Grundgesetz „ergänzen“ will, ohne seinen Wesensgehalt zu ver-

ändern, erweckt damit Erwartungen, die sich so kaum erfüllen können.

Die Politiker und Parteien sollten sich daran erinnern, daß sich für eine Lösung dieses Problems die Genfer Flüchtlingskonvention, die auch für die Bundesrepublik bindendes, wenn auch immer noch zu wenig beachtetes Recht ist, anbietet. Worum es dabei gehen muß, ist leicht auszumachen: Die europäischen Staaten - und nicht nur die Mitglieder der EG - müssen sich auf der Basis dieser Konvention über die gegenseitige Anerkennung ihrer Entscheidungen einigen. Das immer wieder zitierte Schengener Abkommen genügt dieser Anforderung nicht.

Helmut Kater



caritas aktuell

Caritas Mecklenburg stellt sich neuen Aufgaben

Vom 21. bis 23. April 1992 fand im Caritasheim in Rerik ein dreitägiges Managementseminar für Führungskräfte der stationären Kinder-, Jugend-, behinderten- und Altenhilfe statt. Damit soll sich die Caritas Mecklenburg den Anforderungen auch im Bereich stationärer Einrichtungen.

Ziel dieser Fortbildungsangebote ist die Befähigung der eigenen leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von vielen Jahren Dienst für Kinder und Jugendliche, alte, kranke und behinderte Menschen leisten.

Das erste Seminar diente der Einführung in die Lewitung, Verwaltung und Organisation stationärer Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, wie auch der Anwendung des Computerprogrammes. Folgen werden weitere aufbauende Lehrgänge, z.B. im Bereich des Personalwesens.

Der 3. Wochenkurs für die Weiterbildung der leitenden Schwestern der Caritas-Sozialstationen zu Pflegedienstleiterinnen fand vom 21. bis 25. April 1992 im Caritasheim in Kühlungsborn statt.

Die insgesamt 6 Wochen dauernde Ausbildung schließt mit einem Zertifikat ab, das die gelernten Gemeindefachschwestern für die Leitung der Sozialstation qualifiziert. Die Ausbildung beinhaltet u.a. Training zur Führung eines Teams und die Gestaltung organisatorischer Aufgaben in der Planung und Durchführung der Pflege. Als Partnerverbände der Caritas Mecklenburg stellen die Diözesancaritasverbände Augsburg und Aachen ihre Ausbilder für diese Qualifikation zur Verfügung.

AIDS - EINE GEFAHR, DER SIE BEGEGNEN KÖNNEN

In den neuen Bundesländern sind bisher sehr wenige Menschen mit HIV, dem AIDS-auslösenden Virus, angesteckt oder an AIDS erkrankt. In den alten Bundesländern ist die anfangs oft befürchtete katastrophale Entwicklung ausgeblieben: Die Menschen wurden rechtzeitig informiert, und sie haben die Schutzmöglichkeiten genutzt. Aber der Eindruck, von AIDS gehe daher keine Gefahr mehr aus, ist falsch.

AIDS ist eine tödliche Krankheit. Und AIDS ist bis heute nicht heilbar. Die Vermeidung von Ansteckung ist nach wie vor die einzige Möglichkeit, die Ausbreitung von AIDS zu verhindern. Den Schutz vor einer Ansteckung hat jede/r selbst in der Hand!

Wer informiert ist, kann offener über AIDS sprechen, kann Situationen mit Ansteckungsrisiko erkennen und vermeiden, kann auch unbefangener mit Betroffenen umgehen.

Das müssen Sie wissen:

AIDS kann nur durch Eindringen des AIDS-Erregers HIV (aus Samenflüssigkeit, Scheidenflüssigkeit oder Blut) in die Blutbahn übertragen werden.

Vor allem:

- Durch ungeschützten Geschlechtsverkehr. Wer - ohne vorausgegangen Infektionsrisiko - in einer sexuell treuen Partnerschaft lebt, ist nicht gefährdet. Wer jedoch wechselnde sexuelle Kontakte hat, muß sich und die Partner/innen schützen. Das gilt in besonderem Maße bei homosexuellen Kontakten, da in Deutschland homosexuelle Männer bisher am stärksten von der Infektion betroffen sind.

Kondome sind ein guter Schutz vor Ansteckung (auch vor anderen sexuell übertragbaren Krankheiten)!

- Durch infiziertes Blut, vor allem bei gemeinsamer Benutzung von Spritzen und Nadeln bei Drogengebrauchern. „Nein“ zu Drogen ist der beste Schutz!

Eine HIV-infizierte Mutter kann ihr Kind während der Schwangerschaft oder bei der Geburt anstecken.

AIDS ist auch ein Prüfstein für den menschlichen Umgang miteinander. Die Angst vor AIDS darf nicht unser Zusammenleben belasten. Der rücksichtsvolle Umgang mit Angesteckten und Kranken gehört zum Kampf gegen AIDS. Ohne Wenn und Aber.

Betroffene brauchen Mitgefühl und Nähe. Dafür können wir sorgen: als Angehörige, als Freunde, als Kollegen. Ohne Angst! Denn: Im alltäglichen Umgang ist keine Ansteckung möglich.

Schreiben Sie uns, wenn Sie mehr wissen möchten. Sie können als Informationsmaterial kostenlos erhalten:

- „Was jede/r über AIDS wissen sollte“
- „HIV-Übertragung und AIDS-Gefahr“
- „Wissenswertes über den HIV-Test“
- „Nanu?“ - eine Broschüre für Jugendliche, außerdem für Fachberater und Ärzte:
- „AIDS-Information für die Drogenarbeit“
- „AIDS und HIV-Infektion - Informationen für Mitarbeiter/innen im Gesundheitsbereich“

Coupon einsenden an die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Postfach 91 01 52, W-5000 Köln 91.

Wenn Sie sich beraten lassen wollen, fragen Sie Ihr Gesundheitsamt, den Arzt Ihres Vertrauens oder eine Beratungsstelle, oder rufen Sie die persönliche Telefonberatung an: Köln (0221) 892031.

COUPON

GIB AIDS KEINE CHANCE

Reise

Serpentinen und Berge (2. Teil)

Eine Reise quer durch die Alpen

(Serie von Volker Brüggemann)



War vor kurzem das Wetter noch bei der Fahrt über den Grogglockner sehr wechselhaft, Wolken und Regenschauer, Sonne und blauer Himmel, so erstrahlte der neue Tag in zartestem Blau und ließ die Lienzer Dolomiten in ihrer Regennässe glänzen. So fuhren wir in den jungen Morgen, zunächst in Richtung Oberdrauburg, noch einmal an Aguntum vorbei.

In Oberdrauburg zweigt nach rechts die B110 ab. Die Fahrt ging zunächst zügig voran, der Gailbergsattel stellte keine Anforderung an das fahrerische Können, auch die Anfahrt zum Plöckenpaß war noch relativ gut zu meistern. Dafür mußte man sich bei den unzähligen Kehren der Südseite schon erheb-

lich mehr anstrengen. Aber wir wurden dafür auch mit atemberaubenden Ausblicken von jeder Spitzkehre aus verwöhnt.

Oben auf der Paßhöhe befindet sich die Zollstation nach Italien. Nach der Paßabfahrt wurde die Landschaft ruhiger und wir fuhren weiter bis kurz hinter Paluzza, um dann auf der Straße Nr. 465 in Richtung Comeglians weiter zu fahren. Hier mußten wir uns entscheiden, entweder die obere Straße über Forni Avoltri und Sappada zu nehmen, oder die wildere, nicht sonderlich ausgebaute, manchmal eher an eine Geröllhalde erinnernde Straße über Prato-Carn.

Die obere führen wir zuerst, sie führt am Südrand der Karnischen Alpen in ca 1000 m Höhe entlang, durch anmutige Dörfer mit osttiroler Charakter. Auch landschaftlich gab es immer wieder Passagen, die einfach zum Anhalten verpflichteten. Wir fuhren bis Santo Stefano de Cadore, um dann umzukehren und die gleiche Strecke in der Mittagssonne zurückzufahren. Abschließend sind wir die untere

Straße gefahren. Tief im Tal der Pesarine eingeschnitten führt der Weg an stillen, wenig anmutigen, kleinen Weilern vorbei, bis es waldreicher wird und der Weg zu steigen begann.

Einsam war es, uns ist an diesem Nachmittag kaum ein Fahrzeug, kaum ein Wegweiser begegnet.

Der Weg führte über den Paß Larvadel in ca 1500 m Höhe zwischen dem Mt. Tierzagrande und dem M. Brentoni (beide ca 2550 m hoch) durch nach Campolongo und dort traf er wieder auf die obere Straße. Dieser Paß ist in keiner Weise für Caravans geeignet.

Von S. Stefano ging nun die Fahrt in Richtung Cima Gogna, um von dort der Straße 48 folgend rechterhand in Richtung Cortina d'Ampezzo abzubiegen. Nun fühlt man sich schon wie in den Beschreibungen von Louis Trenker, große Namen tauchen auf der Landkarte auf, Gruppo delle Marmarole, Gruppo dei Cadini, Tre Cime di Lavaredo (Drei Zinnen), Cristallo, alles Berge oder Gebirgsgruppen um die dreitausend

Meter hoch. Der letzte Paß vor Cortina ist der Paso Tre Croci, gehört zur Strada del Dolomiten (Dolomitenstraße) und ist dementsprechend gut ausgebaut, aber trotzdem für Caravans nur bedingt zu empfehlen.

Dieser Paß führt zwischen dem 3216 m hohen Cristallomassiv und dem 3205 m hohen Sorapis hindurch direkt nach Cortina. Cortina selbst enttäuschte uns, wir waren zu früh im Jahr. Die meisten Hotels öffneten erst im Juli und so kamen wir im Juni vor manch verschlossene Tür, auch die geschlossenen Geschäfte verbesserten den Eindruck nicht, wenn man bedenkt, daß hier 1956 die olympischen Winterspiele stattfanden. Kurz, wir bekamen noch ein kleines einfaches Hotelzimmer, mit einem wunderschönen Ausblick auf den 3243 m hohen Tofane. Dolomiten pur. Zwei Tage sollte nun Cortina und dieses Hotel unsere Bleibe sein, um in aller Ruhe wenigstens einen kleinen Teil der Südtiroler Dolomiten zu erkunden.

(Fortsetzung folgt)

Willkommen auf Deutschlands größter Insel!

Weiß leuchtende Kreidefelsen, kilometerlange feinkörnige Sandstrände, stille ausgedehnte Buchenwälder und Kap Arkona, kennzeichnen Rügens einmalige Schönheit.

Großsteingräber belegen, daß Rügen schon vor mehr als 1000 Jahren besiedelt war, Handelsleute und Seefahrer anzog, Germanische und slawische Burgwälle kündeten von Rügens bewegter Geschichte.

Erst Anfang des 19. Jahrhunderts zog es Erholungssuchende nach Rügen. Fürst Malte von Putbus hat nach italienischen Vorbildern die Residenzstadt Putbus erbauen lassen. Noch bevor an der Südostküste Rügens die Badeorte Binz, Sellin, Baabe und Göhren ihren Ruf erlangten, traf sich der Hochadel in einem klassizistischen Badehaus bei Lauterbach, in der Goor.

Wer heute aus den alten Bundesländern oder dem Ausland nach Rügen kommt, der sucht die weißen Pensionen im Stil der typischen Bäderarchitektur. Die letzten vierzig Jahre haben früheren Glanz verblasen lassen. Nach Kriegsende mußten jene Pensionen als Wohnungen für Flüchtlinge genutzt werden. Heute werden drin-

gend neue Wohnungen gebraucht, um die Villen an der Strandpromenade frei zu machen, um die Renovierung im alten Stil beginnen zu können.

Dennoch, wer wiederholt auf Rügen war, wer die Veränderungen der letzten beiden Jahre miterlebt hat, weiß, wie viel sich in relativ kurzer Zeit entwickelt hat. Wir sind ungeduldig, wir wollen schneller vorankommen, und das ist gut so!

- Fläche: Die Insel Rügen umfaßt 973 qkm
- Küstenlänge: 600 km
- Kreisstadt: Bergen (19.056 Einwohner)
- Einwohner: Im Sommer 1991 zählte Rügen 85.000 Einwohner, davon 42.000 Erwerbstätige, (13,9% arbeitslos)
- Landwirtschaft: 65.000 ha Ackerland, Bedeutung rückläufig
- Wald: 15.407 ha (wachsende Bestände)
- Straßennetz: (insgesamt) 1995 km
- Eisenbahn: 397,1 km (zuzüglich 24,2 km Kleinbahn)
- Fährlinien: Saßnitz-Trelleborg,

- Naturschutz: Saßnitz-Bornholm, Mukran-Kleipeda Biosphärenreservat SO-Rügen und Nationalpark Jasmund (Stand 9.10.1991) 27 mit 5.767 Betten
- Hotels: 116 mit 3.439 Betten
- Pensionen: 19 Campingplätze mit 25.810 Plätzen
- Campingpl.: 218 (ohne Hotels und betriebl. Einrichtungen)
- Gaststätten: Allein in den Monaten Juni/Juli hielten sich 520.000 Touristen auf der Insel auf. Die durchschnittliche Verweildauer lag bei 4,5 Tagen
- Saison 1991: Es wird angestrebt, auf Rügen eine Kapazität von 100.000 Betten nicht zu überschreiten. In den stark frequentierten Seebädern Baabe, Binz, Breege, Glowe, Göhren, Hindensee, Sellin z.B. soll keine Erweiterung,

dafür eine Verbesserung des Standards erfolgen. Der Bau von Kurmitteleinrichtungen ist vorgesehen. Die landschaftlich reizvollen und touristisch weniger besuchten Gebiete, Westrügens z.B., sollen stärker erschlossen werden.

Der Tourismus wird künftig ein noch wichtiges wirtschaftliches Standbein der Insel Rügen sein. Unsere Hauptkraft widmen wir dem Schutz und der Pflege unserer unverwechselbaren Landschaft, dem Erhalt der Siedlungsspezifika, der Verbesserung und Erweiterung der touristischen Dienstleistungen und der Verlängerung der Saison.

Touristische Informationen: Fremdenverkehrsverband Rügen (e. V.), August-Bebel-Straße 12, O-2356 Sellin, Tel. und Fax: 00 378 27 93/3 34
Der Rügen-Urlaubskatalog wird (bitte 2,60 DM Porto einsenden) auf Wunsch gern zugestellt.

Eine Bildreise Schönes Berlin

Hans-Christof Wächter (Text)
Toma Babovic (Fotos)

Nach Mauerfall und Wiedervereinigung steht Berlin vor der Herausforderung, sich selbst wieder zu einer Stadt zusammenzufügen und überdies von neuem in die Rolle der Hauptstadt Deutschlands zu finden.

Drehscheibe zwischen Ost und West, preußisch-klassizistische Schlösser in englischen Parks, Hinterhöfe und märkische Seen, Straßenschlachten und "Heimweh nach dem Kurfürstendamm"...

Das Buch fügt Mosaiksteine zu-

sammen, zeigt die vielen verschiedenen Gesichter Berlins, beschreibt seine bewegte Geschichte von kleinen mittelalterlichen Händlert

siedlung einer Fi durch d Spree ü die baroc Residen Hohenzollern b zur modern Stadt zw schen heu und mo gen.



Ellert & Richter Verlag
96 Seiten mit 35 Farbabbildungen und einer Karte
dreisprachig: deutsch, englisch, französisch
Format 24 x 32 cm, bezogener Pappeband, Preis: 19,80 DM

ZINSEN LIGHT*

5,9% effektiver Jahreszins*
30% Mindestanzahlung*
47 Monate maximale Laufzeit*

SEAT IBIZA 1,2i Special, Stürig	17907,20 DM
Effektiver Jahreszins	5,9 %
Anzahlung	5407,20 DM
47 Monats-Raten à	297,60 DM
Teilzahlungspreis	13987,20 DM

*Ein Angebot der SEAT Bank.
Wir informieren Sie auch über das aktuelle "Light"-Angebot der SEAT Leasing

FÜR ALLE SEAT IBIZA

Ihr SEAT-Händler
Hans-Peter Seifert
Dorfstr. 3 - O-2782 Schwerin-Krebsförderm
Tel. 084/611637 - Fax 611636

HONDA PAETZEL

Motorräder u. Service

Max-Planck-Str. 5
2418 Ratzeburg
Tel. 0 45 41 / 57 76

Suche baldigst landwirtschaftliche Fläche 50 bis 100 ha mit Hof- oder getrennter Baulandstelle in idyllischer Lage zum Kauf. Biete 1.000,- DM für Vermittlung. Maklerangebote annehmen.

BAUER, Rutesheimer Str. 10,
W-7257 Ditzingen,
Tel. 07152 / 51029, Fax 54455

Suche Baugrundstück Nähe ehemaliger Grenze, ca. 1000 qm. Auch Ackerfläche! Angebot an W. Maassen, Am Hünengrab 75a, W-2072 Bargteheide

Verkaufe Briefmarken 1 kg Sondermarken BRD 60,-; DS Dt. Post 16, 60,- DM. H. Koepe, J.-R.-Becher-Str. 4/10 O-2300 Stralsund

Hamburger Kaufmann sucht alte Mühle, Seegrundstücke und Mietshäuser. Tel. HH 39 26 39 - Uwe Terlitschke, HH 50, Planckstraße 11

Der PC-Laden

Personal-Computer, Zubehör und Schulung
Reparaturservice aller gängigen Geräte
Lübecker Str. 22 - 2060 Bad Oldesloe
Fax 04531 / 12309 - Tel. 3327
Am Fischkombinat 11 - 2500 Rostock
Gebäude 218, Raum 006
Fax 081/3337 - Tel. 3336

„EIN LEUCHTENDES VORBILD“ AN ZUVERLÄSSIGKEIT.*

Der Mazda 323 F im 100.000 km Dauertest. (*Ausgabe 7/92)

UNSER AKTUELLES ANGEBOT:
Endpreis: 27.080,- DM
Hans-Joachim Kaczmarek
Autoservice Plate
MAZDA-Vertragshändler
2713 Schwerin-Plate
☎ 0 84 91 / 20 16

R. B. M. — Ihr Partner für ...

Lieferung von Recyclingmaterial
Annahme von

- Betonbruchscherter ● Güteüberwachte MV-Schlacke ● Kabelverlegesand ● Mutterboden
- Beton- und Straßenaufbruch ● nicht verunreinigten Bauschutt ● unbelasteten Boden.

Haben Sie Entsorgungsprobleme?
Rufen Sie uns an!

O-2711 Holthusen/Schwerin, Mittelweg 3
Telefon 293/295, Telefax 294

Wer neu bauen will, muß Altes überwinden!

Der freundliche CITROËN

Vertragshändler in Ihrer Nähe

Autohaus

ANHUTH

W-2419 Mustin - Dorfstraße 41 - Tel. 04546 / 4 53

- Reparaturwerkstatt
- Unfallwageninstandsetzung
- Mietwagen bei Unfall
- Abschleppdienst
- Diverse Sondermodelle
- Sofort lieferbar
- Diverse Vorführgewagen
- Finanzierung durch P.A.C. Bank